



KREIS DÜREN

Dokumentation der Fachtagung

Integration leben

vom 30. August 2006

im Kreishaus Düren

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einladung	3
Begrüßungsansprache des Landrates Wolfgang Spelthahn	6
Rede des Integrationsbeauftragten des Landes NRW Thomas Kufen	8
Vortrag von Anne Wehkamp, Ausländerbeauftragte der Stadt Solingen "Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik"	15
Zusammenfassung der Themenkapitel als Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppen	35
Protokoll der Arbeitsgruppe 1: Bildung, Familie, Frauen, Sport	61
Protokoll der Arbeitsgruppe 2: Arbeitsmarkt, Ausbildung, Antidiskriminierung	63
Protokoll der Arbeitsgruppe 3: Interkulturelle Öffnung, Gesundheit, Partizipation und Religion	65
Beschlüsse des Arbeitskreises Migration zu den Ideen aus den Arbeitsgruppen	66
Schlusswort der Integrationsbeauftragten für Migrantinnen und Migranten der Kreisverwaltung Düren, Sybille Haussmann	74

Tagungsort:

Kreisverwaltung Düren
Bismarckstr. 16
52351 Düren

**Der Konzeptentwurf
ist spätestens ab dem 15. August 2006 abrufbar unter:**

www.kreis-dueren.de

- Arbeitsmarkt/Soziales/Integration
- Migrationsbeauftragte
- Das Integrationskonzept

Auf Anfrage schicken wir Ihnen gern ein Exemplar zu.

Weitere Informationen:

Kreisverwaltung Düren
Sybille Haußmann
Migrationsbeauftragte
Bismarckstr. 16
52351 Düren

Tel.: 02421-22-2154
Fax.: 02421-22-2016
Email: s.hausmann@kreis-dueren.de
Home: www.kreis-dueren.de



Integration leben

Das Integrationskonzept für den Kreis Düren

Fachtagung

30. August 2006

13.30 – 18.30 Uhr

Kreishaus Düren, Bismarckstr. 16

**Vorstellung, Diskussion und Weiterentwicklung der ersten
Elemente des Integrationskonzeptes für den
Kreis Düren**

**Eine Veranstaltung
der Migrationsbeauftragten des Kreises Düren, der job-com Kreis Dü-
ren
und des Arbeitskreises Migration**

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne lade ich Sie ein zu unserer Fachtagung

"Integration leben".

Migrantinnen und Migranten haben in den letzten 50 Jahren für den Kreis Düren einen unschätzbaren Beitrag geleistet: für unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, unsere gesellschaftliche Weiterentwicklung und unsere Weltoffenheit.

Das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen. Gleichberechtigte Teilhabe aller an den Zukunftschancen unserer Gesellschaft, die friedliche Beilegung von Konflikten und der Ausgleich von Interessenunterschieden zwischen einheimischer Mehrheit und eingewanderter Minderheit bedarf neuer Strategien und der Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen. Um diesen Prozess zu unterstützen, hat der Kreistag im Jahr 2004 beschlossen, ein Integrationskonzept für den Kreis Düren auf den Weg zu bringen.

Seit dem Jahr 2001 arbeiten im Arbeitskreis Migration viele Menschen zusammen, die sich um die Förderung der Integration im Kreis Düren bemühen. Sie kommen aus Vereinen, Verbänden, Kammern, Institutionen, Kirchen, Verwaltungen und nicht zu vergessen viele Ehrenamtliche aus Migrantenselbstorganisationen.

Dank der Kompetenz und des Engagements dieses Arbeitskreises ist es nun gelungen, den Entwurf für ein (fast) umfassendes Integrationskonzept für den Kreis Düren der Öffentlichkeit vorzustellen.

Mit dieser Fachtagung verfolgen wir das Ziel, die bisher erarbeiteten Ergebnisse von einer breiten Öffentlichkeit kritisch beleuchten zu lassen, weitere Anregungen zu erhalten und für die mit dem Integrationskonzept verbundenen Ziele zu werben.

Wolfgang Spelthahn
Landrat

Programm

13.30 Uhr Begrüßung

Wolfgang Spelthahn, Landrat des Kreises Düren

13.40 Uhr Schwerpunkte der Integrationspolitik des Landes

Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung NRW

14.00 Uhr Putzfrauenkabarett

Arkadaş -Theater, Köln

14.30 Uhr Kommunale Integrationskonzepte im Praxistest

Anne Wehkamp, Ausländerbeauftragte der Stadt Solingen

Diskussion

15.15 Uhr Ziele des Integrationskonzeptes im Kreis Düren

Justus Peters, Dezernent für Ordnungswesen, Kreis Düren

15.30 Uhr Pause

16.00 – 17.30 Uhr Diskussionen in Arbeitsgruppen:

(1) Bildung, Familie, Frauen, Sport

Moderation: Dr. Şeref Ateş, Lehrer

(2) Arbeitsmarkt, Ausbildung, Antidiskriminierung

Moderation: Burhan Çetinkaya,

Büro für Gemeinwesenarbeit, Evangelische Gemeinde zu Düren

(3) Partizipation, Interkulturelle Öffnung und Religion

Moderation: Hava Zaimi,

Zentrum für Migrationsberatung, Evangelische Gemeinde zu Düren

17.45 Uhr Präsentation der Ergebnisse der Arbeitsgruppen

18.15 Uhr Resümee

Sybille Haußmann, Migrationsbeauftragte, Kreisverwaltung Düren

18.30 Ende der Tagung

Begrüßungsansprache des Landrats Wolfgang Spelthahn zur Fachtagung "Integration leben"

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie zu unserer ersten Fachtagung, in der das Integrationskonzept für den Kreis Düren im Mittelpunkt steht.

Ein herzliches Willkommen dem Integrationsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Thomas Kufen, und Frau Anne Wehkamp, der Ausländerbeauftragten der Stadt Solingen. Ich danke Ihnen, dass Sie bereit waren, diese Tagung durch Ihr Fachwissen zu bereichern.

Mein Dank gilt auch den Moderatoren der Arbeitsgruppen, die heute Nachmittag ehrenamtlich im Einsatz sein werden, den beiden Verantwortlichen für den Bereich Integration, Herrn Dezernent Justus Peters und der Integrationsbeauftragten, Frau Sybille Haußmann, die hier im Hause maßgeblich dazu beigetragen haben, dass Sie heute ein so umfangreiches Werk diskutieren können.

Mein besonderer Dank aber gilt allen, die im Arbeitskreis Migration und der Steuerungsgruppe mitgearbeitet haben; die engagierten Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, Institutionen, Verbände, Vereine und Migrantenselbstorganisationen, die häufig über ihren Arbeitsauftrag hinaus und mit sehr viel persönlichem Engagement einen maßgeblichen Beitrag zur Erstellung des Integrationskonzeptes leisteten.

Last but not least begrüße ich die Darstellerinnen des Arkadas-Theaters, die uns heute eine Kostprobe ihrer Kunst darbieten werden.

Unser Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat in seiner Regierungserklärung gesagt: "Integration ist die größte gesellschaftspolitische Herausforderung unserer Zeit."

Im Kreis Düren leben ca. 270 000 Menschen, darunter Zuwanderer aus mehr als 130 Nationen. Wir verdanken ihnen viel. Seit Generationen tragen sie zur Entwicklung und zum Wohlstand unseres Kreises bei.

Hier im Kreis Düren war die Zerstörung durch den 2. Weltkrieg besonders groß. Die Städte Düren und Jülich waren nahezu dem Erdboden gleich gemacht. Dass wir in so kurzer Zeit einen so erfolgreichen Aufschwung erleben durften, wäre ohne die sogenannten Gastarbeiter und die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Ostblockstaaten undenkbar.

Heute stellen wir fest, dass viele der ehemaligen Gastarbeiter hier in Deutschland ihre neue Heimat gefunden haben, ihre Kinder und Kindeskinde sind hier geboren und aufgewachsen. Leider sind sich Gastarbeiter und einheimische Deutsche trotz der langen Zeit fremd geblieben. Darüber hinaus sind neue Zuwandergruppen, wie russlanddeutsche Familien, Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber hinzu gekommen.

Allen Menschen verschiedenster Kulturen und Weltanschauungen und den Menschen, die schon immer hier leben, weiterhin einen friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, möglichst allen eine reelle Chance zu bieten, hier erfolgreich zu sein, das ist unser Anliegen mit dem vorliegenden Integrationskonzept.

Schon im Jahr 2004 wurde der einstimmige Kreitagsbeschluss gefasst, ein Integrationskonzept zu entwickeln.

Mit diesem Konzept wollen wir Problemen und Ängsten entgegentreten, die durch das Zusammenleben so vieler verschiedener Menschen entstehen. Wir wollen erreichen, dass wir möglichst vorurteilsfrei und barrierefrei zusammen leben können. Dazu wollen wir die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen der Gesellschaft fördern.

Ich möchte aber auch nicht verhehlen, dass ich Rechte und Pflichten sehr eng beieinander liegen sehe. Ebenso wie wir als Verwaltung und auch alle anderen Institutionen alles unternehmen müssen, um Migranten Teilhabechancen zu ermöglichen, so müssen auch die Zuwanderer bereit sein, sich an die Regeln dieser Gesellschaft zu halten und die deutsche Sprache zu erlernen.

Das Integrationskonzept ist sehr umfangreich und detailliert. Es beinhaltet Handlungsansätze in den verschiedensten Bereichen, von der Bildung über die Jugendarbeit bis hin zur Wirtschaftsförderung.

Meine Damen und Herren, Sie sind heute gekommen, um den Entwurf des Integrationskonzeptes kritisch zu beleuchten und zu hinterfragen.

Bitte nutzen Sie diese Gelegenheit intensiv, denn nur durch Ihre konstruktiv-kritische Begleitung und durch ihre aktive Unterstützung wird es uns gelingen, diese ehrgeizigen Pläne auch umzusetzen.

Ich danke noch einmal den Mitgliedern des Arbeitskreises Migration und insbesondere unseren Fachleuten aus der RAA für ihre Vorarbeiten und Frau Haußmann für ihre unermüdliche Netzwerkarbeit im vergangenen Jahr.

Ich glaube, wir können alle zusammen stolz sein, dass wir mit diesem Integrationskonzept eine Vorreiterrolle im ländlichen Raum eingenommen haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Auftaktsrede des Integrationsbeauftragten des
Landes Nordrhein-Westfalen Thomas Kufen**

anlässlich der

**Fachtagung "Integration leben –
Das Integrationskonzept für den Kreis Düren"**

am 30.08.2006 in Düren

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat Spelthahn,
sehr geehrte Frau Migrationsbeauftragte Haussmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben bei der heutigen Fachtagung zum Integrationskonzept des Kreises Düren, von der wichtige Impulse für die Integrationspraxis hier im Kreis Düren ausgehen sollen, zu sprechen. Übrigens möchte ich Sie zum sehr treffend gewählten Titel der Veranstaltung "Integration leben" beglückwünschen. Das beste Integrationskonzept bringt nichts, wenn es nicht im Alltag umgesetzt wird. Denn worauf es im Endeffekt ankommt ist, dass wir Integration leben.

Es freut mich, dass sich so viele Fachleute aus Verwaltung und Verbänden für die Zuwanderer und das bessere Zusammenleben einsetzen und die Erfolge der Integrationsarbeit optimieren wollen.

In Deutschland hat rund ein Fünftel der Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte, und bei uns in Nordrhein-Westfalen sind es noch mehr: fast ein Viertel (22,9%). Über fünfzig Jahre nach dem ersten Anwerbevertrag für ausländischen Arbeitnehmer - mit Italien 1955 - sind wir eindeutig ein Einwanderungsland geworden.

Wir brauchen die Potenziale aller Menschen, die in unserem Land leben. Unsere Bevölkerung wird immer älter und es werden immer weniger Kinder geboren. Wir können uns gar nicht länger leisten, die Ressourcen von Millionen Einwohnern zu vernachlässigen. Wir brauchen gerade mit Blick auf die Jugendlichen mit Zuwanderungshintergrund einen Perspektivenwechsel: Wir müssen stärker anerkennen, dass durch den Zuwanderungshintergrund und die damit verbundenen Lebensorientierungen und Sozialisationsbedingungen die Jugendlichen auch ein Potenzial für die deutsche Gesellschaft und für das zukünftige Europa sind. In meiner Funktion als Integrationsbeauftragter werbe ich für diesen Perspektivenwechsel.

Wichtig ist mir, dass wir diese Kinder und Jugendlichen nicht aus demographischen Gründen fördern, sondern um ihrer selbst willen. Es sind Kinder und Jugendliche unserer Gesellschaft und unseres Staates. Es sind unsere Kinder und unsere Jugendlichen.

Schon bald wird die Wirtschaft einen schmerzlichen Mangel an Fachkräften zu spüren bekommen. Gleichzeitig sind Millionen von Menschen arbeitslos, wobei die Quote unter den Zugewanderten mit 23 Prozent doppelt so hoch ist wie unter Einheimischen.

Viele von ihnen stehen dem Arbeitsmarkt aber nicht zur Verfügung, weil sie nicht ausreichend qualifiziert sind. Von den Jugendlichen aus Zuwandererfamilien schaffen immer weniger einen Schulabschluss: Die Abbrecherquote liegt inzwischen bei 40 Prozent, bei den Deutschen sind es 15 Prozent.

Das zeigt: Wir müssen die Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehr, sehr ernst nehmen. Dabei bedeutet 'gesamtgesellschaftlich', dass auch die Zuwanderer zur Integration bereit sein müssen.

Nordrhein-Westfalen hat vor einem Jahr die Weichen gestellt, um die Integration voran zu bringen. Wir haben bundesweit das erste und immer noch einzige Integrationsministerium.

Wir betreiben Integrationspolitik nicht als Anhängsel von Sozialpolitik. Im Gegenteil, wir verknüpfen sie mit den Themen Generationen und Familie in dem zentralen Ressort für Zukunftsfragen.

Denn, wie Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in seiner Regierungserklärung sagte, "Der Zusammenhalt der Generationen und das Gelingen der Integration sind für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend."

Deshalb hat die Landesregierung jetzt einen Aktionsplan beschlossen, mit dem wir die Integration in Nordrhein-Westfalen konsequent voranbringen werden.

Damit knüpfen wir an die parteienübergreifende Initiative an, die der nordrhein-westfälische Landtag mit der Integrationsoffensive schon im Jahr 2001 eingebracht hat. Gleichzeitig werden wir sehr konkret, und wir setzen die Erkenntnis um, dass beide Seiten aufeinander zugehen müssen, Mehrheitsgesellschaft und Zuwanderer. Der Aktionsplan geht auf 20 Punkte im Rahmen der Integrationspolitik ein. Nachfolgend will ich nun einige Punkte kurz vorstellen.

Der Schlüssel zu Chancengleichheit und Integration ist Bildung, und die fängt bei der Sprache an.

1. Die Landesregierung wird die Sprachförderung vor der Einschulung für alle Kinder verbindlich gestalten und qualifiziert ausbauen.

Zwei Jahre vor der Einschulung wird der Sprachstand für jedes Kind nach § 36 des neuen Schulgesetzes verpflichtend festgestellt. Wenn der Sprachstand der Kinder nicht altersgemäß ist und sie die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschen, wird das Kind verpflichtet, an einem vorschulischen Sprachkurs teilzunehmen. Die Kindergärten werden auch bei der Sprachförderung Orte frühkindlicher Bildung. Die seit Jahren üblichen "Crash-Kurse" werden schrittweise abgeschafft. Das Sprachförderangebot wird durch die Erhöhung der Mittel quantitativ und qualitativ verbessert, (von 7,5 Mio. € auf 17,6 Mio. € in 2006) indem mehr und jüngere Kinder erreicht werden. Denn nur wer dem Unterricht folgen kann, hat überhaupt die Chance auf Lernerfolge und schließlich auf einen Schulabschluss.

2. Die Landesregierung bietet mit der Einrichtung von Familienzentren eine zusätzliche Anlaufstelle für Bildung, Beratung und Betreuung für Zuwandererfamilien flächendeckend an.

Bildung, Beratung und Betreuung sind auch die Leistungen der Familienzentren, die wir jetzt in ganz Nordrhein-Westfalen einrichten. Wir sind gerade mit rund 250 Pilot-einrichtungen gestartet, bis zum Jahr 2012 sollen es 3.000 sein.

Das heißt: Wir gehen mit den Angeboten der Familienbildung und -beratung in die Stadtteile, in die Kindertagesstätten. Dort werden wir auch die Eltern erreichen, die von sich aus keine Beratungsstelle aufsuchen würden, eben gerade auch Eltern mit Zuwanderungsgeschichte.

3. Die Landesregierung wird das Ganztagsangebot an Schulen ausweiten, um auch die Bildungs- und Zukunftschancen von Zuwandererkindern deutlich zu verbessern.

Bessere Chancen bieten wir Kindern aus Zuwandererfamilien auch, indem wir mehr Plätze an Ganztagschulen zur Verfügung stellen. Sie werden dort auch nachmittags betreut und gefördert - in der Regel besser, als die Eltern das zu Hause leisten können.

Im Schuljahr 2006/2007 werden an 2.192 Schulen im Primarbereich 115.700 Plätze in der offenen Ganztagschule bereit stehen. Bis zum Schuljahr 2007/2008 werden drei Viertel aller Schulen im Primarbereich zu einer offenen Ganztagschule ausgebaut sein. Im Ergebnis stehen mehr als 200.000 Ganztagsplätze zur Verfügung. Mehr als ein Viertel aller Grundschul Kinder hat dann einen Ganztagsplatz.

4. Die Landesregierung wird mit den geförderten Migrantenselbstorganisationen Bildungsvereinbarungen abschließen, um zur Verbesserung der Bildungssituation von Zuwanderkindern beizutragen. Das "Elternnetzwerk NRW - Integration miteinander", in dem sich Eltern mit Zuwanderungsgeschichte gemeinsam für die Verbesserung der Bildungssituation ihrer Kinder engagieren, wird mit Unterstützung der Landesregierung ausgeweitet.

Die Einbindung der Mütter und Väter verbessern - das tun wir auch, indem wir das Elternnetzwerk für Integration ausweiten. Denn es gibt bereits viele gute Beispiele für aktive Eltern, die sich gemeinsam für die Bildung ihrer Kinder stark machen.

Auch die anderen Migrantenselbstorganisationen können viel zur Chancenverbesserung von Zuwandererkindern beitragen. Die Landesregierung wird künftig speziell diejenigen Einrichtungen fördern, die die Bildung und Erziehung unterstützen.

5. Die Landesregierung wird verstärkt bei den Schulen dafür werben, dass diese bei der Ausschreibung und Auswahl von Lehrkräften Bewerberinnen und Bewerber mit Zuwanderungsgeschichte ansprechen und zur Bewerbung ermuntern. Sie wird außerdem Abiturientinnen und Abiturienten mit Zuwanderungsgeschichte dazu ermuntern, sich für den Lehrerberuf zu entscheiden.

Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte werden es auch dann leichter haben, wenn es mehr Lehrer mit einer ähnlichen Biografie gibt. In der Berliner Rütli-Schule zum Beispiel hatten 80 Prozent der Schüler einen Zuwanderungshintergrund, aber kein einziger Lehrer.

Wir in Nordrhein-Westfalen werden dafür werben, dass mehr Abiturienten mit Zuwanderungsgeschichte den Lehrerberuf wählen. Sie können den Kindern und Eltern zur Seite stehen und zugleich für mehr interkulturelle Kompetenz im Kollegium sorgen.

6. Die Landesregierung will gemeinsam mit den muslimischen Organisationen im Lande, die die Werte der Verfassung anerkennen und die zum Gelingen der Integration beitragen, vom bloßen Dialog zu konkreten Kooperationsvereinbarungen kommen. Damit soll eine verbindliche Basis zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes geschaffen werden.

Ein wichtiger Schritt zur Integration wird sein, dass wir islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen anbieten, und zwar in deutscher Sprache, mit hier ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht. Voraussetzung dafür ist eine einheitliche Vertretung der Muslime als Kooperationspartner.

Die Landesregierung arbeitet darauf hin, dass es zu einer solchen einheitlichen Vertretung kommt. Daher begrüße ich die gemeinsamen Aufrufe der Verbände zu unterschiedlichen Themen. Was wir jetzt brauchen, ist die Fortführung dieser Zusammenarbeit und weiterhin einen Konsens innerhalb der muslimischen Gemeinde. Unterdessen wollen wir modellhaft in zwei Städten, nämlich in Köln und in Duisburg, mit den Moscheegemeinden vor Ort einen verfassungsgemäßen islamischen Religionsunterricht anbieten.

Ob Religionsunterricht, Elternarbeit oder Kooperation mit den Migrantenselbstorganisationen: Alle diese Beispiele zeigen, dass Integration nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie mit den Zuwanderern gestaltet wird.

7. Die Landesregierung wird die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege dabei unterstützen, die Migrationsfachdienste zu Integrationsagenturen neu auszurichten.

Bei der Umsetzung unseres Aktionsplans brauchen wir als Landesregierung selbstverständlich auch die Partner vor Ort. So arbeiten wir mit den Wohlfahrtsverbänden zusammen mit diesem Ziel, deren 'Migrationsfachdienste' weiterzuentwickeln zu 'Integrationsagenturen'.

Diese Agenturen sollen nicht nur Beratung für Zuwanderer anbieten, sondern in ihren Städten aktiv werden und die Integration ganz praktisch voran bringen.

8. Die Landesregierung wird die zurzeit 27 Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien ("RAA") zu einem Netzwerk "Integration durch Bildung" weiterentwickeln, um eine landesweite Wirkung zu erzielen.

Wichtige Partner der Integration sind natürlich auch die Städte und Gemeinden im ganzen Land. Gemeinsam mit den Kommunen betreibt das Land seit einem Vierteljahrhundert erfolgreich die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern aus Zuwandererfamilien (RAA's). Über die 27 Standorte hinaus wollen wir die RAA's zu einem 'Netzwerk Bildung und Integration' weiter entwickeln.

9. Die Landesregierung unterstützt das Programm "Integration durch Sport" der nordrhein-westfälischen Sportjugend als einen wichtigen Beitrag zur Integration junger Zuwanderer sowie sozial benachteiligter Jugendlicher.

Sport ist ein wichtiger Baustein zur Integration, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Sport verbindet, fördert das Miteinander und schafft Gemeinsamkeiten.

Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte werden von den Angeboten der Jugendhilfe und des organisierten Sports noch zu wenig erreicht. Ziel der Landesregierung ist es, die besondere integrative Wirkung von Sport in der Kinder- und Jugendarbeit stärker zu nutzen.

10. Die Landesregierung wird die 2005 begonnene strategische Partnerschaft zwischen Land und Kommunen, wie sie im Förderprogramm "KOMM IN NRW - Kommunale Innovationen in der Integrationspolitik" zum Ausdruck kommt, ausbauen.

Bereits mit 45 Städten hat das Land eine strategische Partnerschaft zur Förderung der Integration geschlossen. 'KOMM-IN - Kommunale Innovation in der Integrationspolitik' heißt das Programm, mit dem die Transparenz und die Vernetzung der Angebote vor Ort gesteuert werden.

Im Herbst werden wir auf einem großen Integrationskongress in Solingen eine Zwischenbilanz ziehen und gemeinsam mit den Kommunen überlegen, wie wir die ganzheitliche Integration noch besser voran bringen können. Von der Ausländerbeauftragten der Stadt Solingen Frau Wehkamp werden wir ja heute noch einen Vortrag zu den unterschiedlichen kommunalen Integrationskonzepten hören.

11. Mit dem ressortübergreifenden Handlungsprogramm "Soziale Stadt NRW" verfolgt die Landesregierung das Ziel, Stadtteile, in denen sich städtebauliche, gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Probleme konzentrieren, mit integrierten Maßnahmen wieder aufzuwerten und die Lebensbedingungen in städtischen Problemgebieten mit überdurchschnittlichen Anteilen Zugewanderter spürbar zu verbessern.

Eine Konzentration der Problemlagen von sozial Benachteiligten und eine Konzentration von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Zuwanderungsgeschichte finden besonders in den Gebieten der Sozialen Stadt statt. Die Bevölkerung in diesen Quartieren besteht in der Regel zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil aus Zuwanderern. Integration als konkretes Handlungsfeld der Stadtentwicklungspolitik bedeutet vor allem, soziale und ethnische Ausgrenzung in den Städten und die Entstehung von Parallelgesellschaften zu verhindern.

12. Die Landesregierung wird im Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern anhand des Evaluationsberichts zu den Integrationskursen im Rahmen des Zuwanderergesetzes die Wirksamkeit überprüfen und dafür Sorge tragen, dass sie qualitativ weiterentwickelt und von Zuwanderern stärker in Anspruch genommen werden.

Mit dem Zuwanderungsgesetz sind für Neuzuwanderer verpflichtend Integrationskurse eingeführt worden, die aus 600 Stunden Sprachkurs und 30 Stunden Orientierungskurs bestehen. Neben den Neuzuwanderern können auch bereits seit längerem hier lebende Zugewanderte an den Kursen teilnehmen. Die Bilanz des ersten Jahres zeigt, dass nicht alle vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel abgerufen worden sind. Vom Haushaltsansatz des Bundes in Höhe von 207 Mio. € sind nur 90 Mio. € abgeflossen. Für das laufende Haushaltsjahr sind nur noch 140 Mio. € veranschlagt.

Der Bund hat eine Evaluation in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse Ende des Jahres vorliegen werden. Nordrhein-Westfalen wird die Ergebnisse dieser Evaluation abwarten und dann seine Expertise und seine integrationspolitische Infrastruktur einbringen, um den Integrationskursen zum Erfolg zu verhelfen. Fest steht aber schon jetzt, dass die bisherige Stundenzahl von 600 Stunden Sprachkurs insbesondere für Jugendliche und Personen mit einem Alphabetisierungsbedarf nicht ausreicht.

13. Die Landesregierung wird eine Informationskampagne zur Einbürgerung durchführen, damit sich mehr Zuwanderinnen und Zuwanderer dafür entscheiden, deutsche Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten zu werden.

Damit meine ich die Einbürgerung der Menschen, die seit langem hier leben. Wer die deutsche Staatsbürgerschaft anstrebt, bekennt sich zu diesem Land. Er möchte hier nicht nur leben und arbeiten, sondern auch alle demokratischen Rechte und Pflichten wahrnehmen. Anders gesagt: Einbürgerung ist der beste Beweis für gelungene Integration.

Deshalb bin ich dafür, dass wir die Hürden abbauen statt durch Fragebögen oder gar Gesinnungstests neue zu errichten. Und - das ist mein Appell an die Kommunen - die Übergabe der Einbürgerungsurkunde sollte würdig und feierlich gestaltet und nicht als bloßer Verwaltungsakt abgewickelt werden.

14. Die Landesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, gemeinsam mit dem Bund und den Ländern eine Bleiberechtsregelung für länger hier lebende Ausländerinnen und Ausländer zu schaffen, die in unsere Gesellschaft integriert sind.

Es ist absurd, Familien abzuschieben, die selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen und gut integriert sind, deren Kinder hier geboren wurden und hier zur Schule gehen.

So ist es neben der humanitären Dimension auch eine ganz objektive Rechenaufgabe: Der Staat hat schon Millionen Euro in die Bildung dieser Jugendlichen investiert. Und jetzt, da wir den Mangel an gut ausgebildeten Menschen herannahen sehen, schicken wir sie außer Landes und in eine ungewisse Zukunft?

Ich bin froh, dass der Bundesinnenminister dieses Problem jetzt anpackt und dass sich die Konferenz der Innenminister damit befassen wird.

15. Die Landesregierung will ein Handlungskonzept entwickeln, um den Schutz und die Hilfe für die von einer Zwangsverheiratung bedrohten und betroffenen Zugewanderten, insbesondere der jungen Frauen, zu verbessern.

Sie sehen, Integration ist eine riesige Baustelle. Es gibt jede Menge zu tun, und die Aufgabe ist komplex. Ich bin optimistisch, dass wir in Nordrhein-Westfalen in nächster Zeit gut vorankommen werden.

Das Zusammenleben der Menschen verschiedener Herkunft findet vor Ort statt. Hier muss die Integration gelingen. Ich wünsche mir daher einerseits einen Grundkonsens der Integrationspolitik in den Kommunen, aber auch andererseits einen Wettbewerb der Integrationskonzepte zwischen den Kommunen. Die vielfältigen Anstrengungen der Kommunen im Integrationsbereich müssen wirksamer werden. Der Kreis Düren gehört zu denjenigen, die dieses frühzeitig erkannt haben und hat sich schon seit einigen Jahren für die Verbesserung und den Ausbau der Vernetzung und Weiterentwicklung der bestehenden Integrationsangebote und Kooperationsstrukturen eingesetzt. Das zeigt z. B. die Einrichtung des Arbeitskreis Migration und Integration 2001 oder der Beschluss des Kreistages 2005 ein Integrationskonzept zu entwickeln.

Ich wünsche Ihrer Tagung einen guten Verlauf und erhoffe mir neue Erkenntnisse auch für andere Bereiche der Integration.

Solingen

„Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik“

Solingen, August 2006

Umsetzung Interkulturelles Konzept

Solingen ist interkulturell

- 163.000 Einwohner, davon 14 % mit ausländischem Pass, aber über 20 % mit Migrationshintergrund
- häufigste Nationalitäten: türkisch und italienisch
- Wirtschaft von der Schneidwarenindustrie geprägt, heute weitere Zweige der Metall- und Kunststoffverarbeitenden Industrie
- Zuwanderung in größerem Umfang seit 1956
- heute leben knapp 23.000 Ausländer in Solingen
- unter 3-Jährige – 41 % mit Migrationshintergrund
- Brandanschlag 1993, danach verstärktes Bemühen um ein interkulturelles Miteinander

Entwicklung eines Interkulturellen Handlungskonzeptes

- **Im Dezember 2001 beschloss der Rat ein "Interkulturelles Gesamtkonzept" für die Stadt Solingen** - nach einem zweijährigen Prozess mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlichster Organisationen zu Schwerpunktthemen

Ziel:

- **Die Zusammenarbeit der kommunalen und nicht-kommunalen Akteure organisieren und damit die Integration von Einwohnern mit Migrationshintergrund verbessern.**
- **Das Thema Integration als Querschnittsaufgabe in allen Feldern der Verwaltung verankern**
- **Leitgedanke: Ein Netzwerk aller beteiligten gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen zu schaffen und in die Arbeit einzubeziehen.**
- **In einer Umsetzungsgruppe werden Maßnahmen geplant, diskutiert und aufeinander abgestimmt.**

Entwicklung eines Interkulturellen Handlungskonzeptes

Schwerpunkte:

- 1. Sprachförderung - (z. B. Vernetzung der Angebote, RAA, FBS, Ansprache/Beratung potenzieller Teilnehmer durch Ausländerbüro)**
- 2. Wohnen - (z. B. Stadtplanung + Stadtentwicklung, Quartiersmanagement)**
- 3. Gesundheit - (z. B. Information und Vorsorge)**
- 4. Jugendhilfe/ Schule - (z. B. Sprachförderung, Gewaltprävention)**
- 5. Beschäftigung - (z. B. durch engere Verbindung zwischen Schulen und) Ausbildungsbetrieben)**

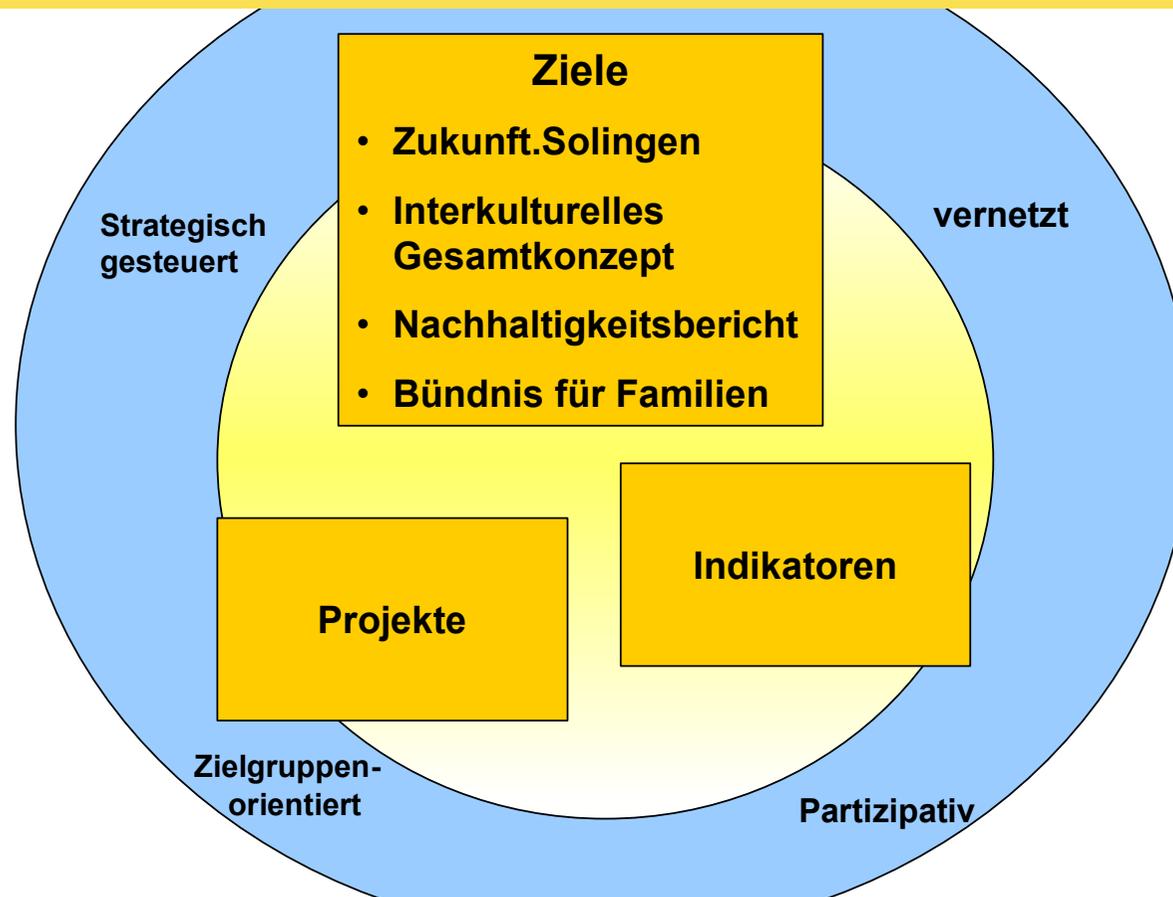
Interkulturelle Orientierung innerhalb der Verwaltung erfordert keine (oder nicht unbedingt) Mehrarbeit, sondern eine andere Orientierung in der Arbeit

Zentrale Themen

- **Interkulturelles Handlungskonzept** – Eine Umsetzungsgruppe reflektiert den jeweiligen Entwicklungsstand und gibt Impulse
- **Vernetzung** – In einem gut funktionierenden, vielfältigen Netzwerk wirken unterschiedlichste Initiativen, Gruppen, Vereine mit
- **Sprachförderung** – Ein zielgruppenorientiertes, koordiniertes Förderprogramm der unterschiedlichen Bildungsträger bietet vielfältige Kursangebote an
- **Politische Partizipation** – Gleichberechtigte Teilhabe aller Solingerinnen und Solinger am städtischen Leben wird gefördert

A. Wehkamp

Strategische Steuerung und Vernetzung



A. Wehkamp

Der Zuwanderer- und Integrationsrat

- Modellprojekt:
Verbesserung der politischen
Partizipation
(§ 126 Gemeindeordnung)
- 10 Vertreter der Ausländerinnen
und Ausländer beraten und
beschließen mit 9
Ratsmitgliedern
- Mitwirkung im Qualitätszirkel des
MGFFI zum Thema „Politische
Partizipation“



A. Wehkamp

Das Ausländer- und Integrationsbüro – Partner für Solinger mit ausländischem Pass

- Qualitätsgarantien – Leistungen mit garantiertem Standard
 - Terminvergabe durch **Kundenberaterin garantiert** innerhalb der nächsten sieben Werktage
- Beratung hat hohen Stellenwert
- Integration durch Spracherwerb
- Kundenbefragungen
- Leistungsverbesserung durch Fortbildungen z. B.
- Seminare zur Umsetzung des Interkulturellen Konzeptes



A. Wehkamp

Integrierte Sprachförderung

- Regelmäßige Abstimmungsgespräche mit den Anbietern von Sprachkursen, um ein flächendeckendes, qualifiziertes Angebot zu erhalten
- VHS
- Sprachschule Ohligs
- Arbeiterwohlfahrt
- Internationaler Bund
- Gesellschaft für Berufliche Bildung
- Stadtteilvereine (Hasseldelle, Fuhr, Zietenstraße, Haaner Str.)
- etc.

Interkulturelle Familienbildung

- Präventive Jugendhilfe im Sozialraum
 - Eigener Fachbereich in der Familienbildungsstätte:
15 Kursleitungen mit Migrationshintergrund
 - Jahresprogramm wird übersetzt
 - enge Kooperation mit Nachbarschafts- und Migrantenvereinen
- 2005:
- 914 Teilnehmerinnen
 - 333 Kinder
 - 94 Kurse
 - 1702 Unterrichtsstunden



A. Wehkamp

Regionale Arbeitsstelle – Unterstützung für Zuwandererfamilien

- Altersspezifische Sprachförderangebote, z. B. „Fit für die Schule“
- Qualifizierungen für pädagogisches Fachpersonal,
- Einführung systematischer Sprachbeobachtung
- Pass-Service mir dem Italienischen Konsulat
- Ferien - Lernwerkstätten
- Beratungsangebote
- Schule – Beruf
- Projekte / Kooperationen,



A. Wehkamp

Mobiler Übersetzungsdienst

- Gute Kommunikation - um sich akzeptiert zu fühlen
 - Sprachbarrieren überwinden durch Pool ausländischer Fachkräfte (Werkverträge)
 - Regelmäßiger Informationsaustausch / Fortbildung
- **Koordination:
Ausländerbeauftragte**



A. Wehkamp

Bündnis für Toleranz und Zivilcourage

- Beirat unter Vorsitz des Sozialdezernenten mit Vertretern relevanter gesellschaftlicher Gruppen
- Gedenkveranstaltungen

Projekte:

- Stolpersteine
- „Silberner Schuh“
- „Schau nicht weg“



A. Wehkamp

Jugendstadtrat

- Jugendstadtrat seit 1997 in Solingen
- Ziel: Steigerung des Interesses von Jugendlichen an Politik
- Hoher Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Projektgruppe „Hilfen für Flüchtlinge“

Hilfe für Flüchtlinge

Eine Aktion
des Jugendstadtrates
Solingen

Projektgruppe Agenda



A. Wehkamp

MISS – Beteiligungsverfahren im Internet

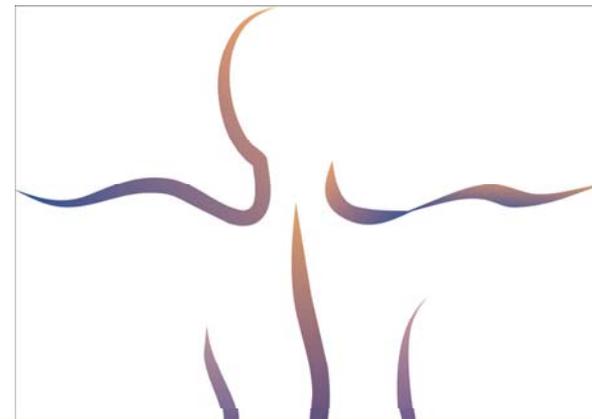
- Mehrsprachigkeit bei Internetangeboten zur Stadtentwicklung und Stadtplanung
- Ziel: Migranten besser zu informieren und einzubeziehen in die Planungen der Stadt
- Konkrete Erprobung des Projektes bei der „Rahmenplanung Nordstadt“



A. Wehkamp

Leitfaden „Gesund in Solingen“

- Leitfaden für Migrantinnen und Migranten
- Information des Stadtdienst Gesundheit zu
 - **Krankenversicherung**
 - **Arztbesuch**
 - **Krankmeldung**
 - **Medikamenten**
 - **Vorsorgeuntersuchungen**
 - **Verhalten im Notfall**
- herausgegeben in vier Sprachen:
 - **englisch**
 - **französisch**
 - **türkisch**
 - **russisch**



A. Wehkamp

Leben braucht Vielfalt

- **Internationales Kultur- und Umweltfest**
- **Nachhaltigkeitsbericht**
- **Agenda 21**
- Vielfalt und Atmosphäre
- 70 Vereine und Gruppen, breite Kooperation verschiedener Akteure
- Umfangreiches Programm, Aktionen, Informationen, „Internationale Kaffeetafel“



A. Wehkamp

Kommunale Integrationsbörse

- **Integrationsdienste stellen sich vor**
- Informationen über Sprachkurse, Gesundheit, Beratungsstellen,
- Migrantenvereine präsentieren sich
- „Integrationsleitfaden“ wird vorgestellt
- **Interkulturelles Rahmenprogramm**



A. Wehkamp

Integration in Ausbildung / Beschäftigung

Angebotsstruktur für Migrantinnen und Migranten, finanziert aus ARGE-Mitteln und/oder Landes-, Bundes- oder EU-Mitteln:

- Spracherwerb in Kombination mit Beschäftigungsangeboten
- Sozialräumlich orientierte Gemeinwesen- u. Zielgruppenarbeit
- Coaching von Hauptschülern und Vermittlung / Begleitung in Praktikum und Ausbildung
- Zertifizierte Teilqualifikationen zur Verwertung im Herkunftsland
- Organisation und strategische Steuerung von entsprechenden Netzwerken Schule/Beruf/(Weiter-) Bildung unter Beteiligung relevanter Migrantenselbstorganisationen

A. Wehkamp



KREIS DÜREN

Integration leben

**Fachtagung am 30. August 2006
im Kreishaus Düren**

**Entwurf eines Integrationskonzeptes
für den Kreis Düren**

Zusammenfassung

**der Themenkapitel als Diskussionsgrundlage für die
Arbeitsgruppen**

Veranstalter/innen:

Migrationsbeauftragte der Kreisverwaltung Düren

job-com Kreis Düren

Arbeitskreis Migration Kreis Düren

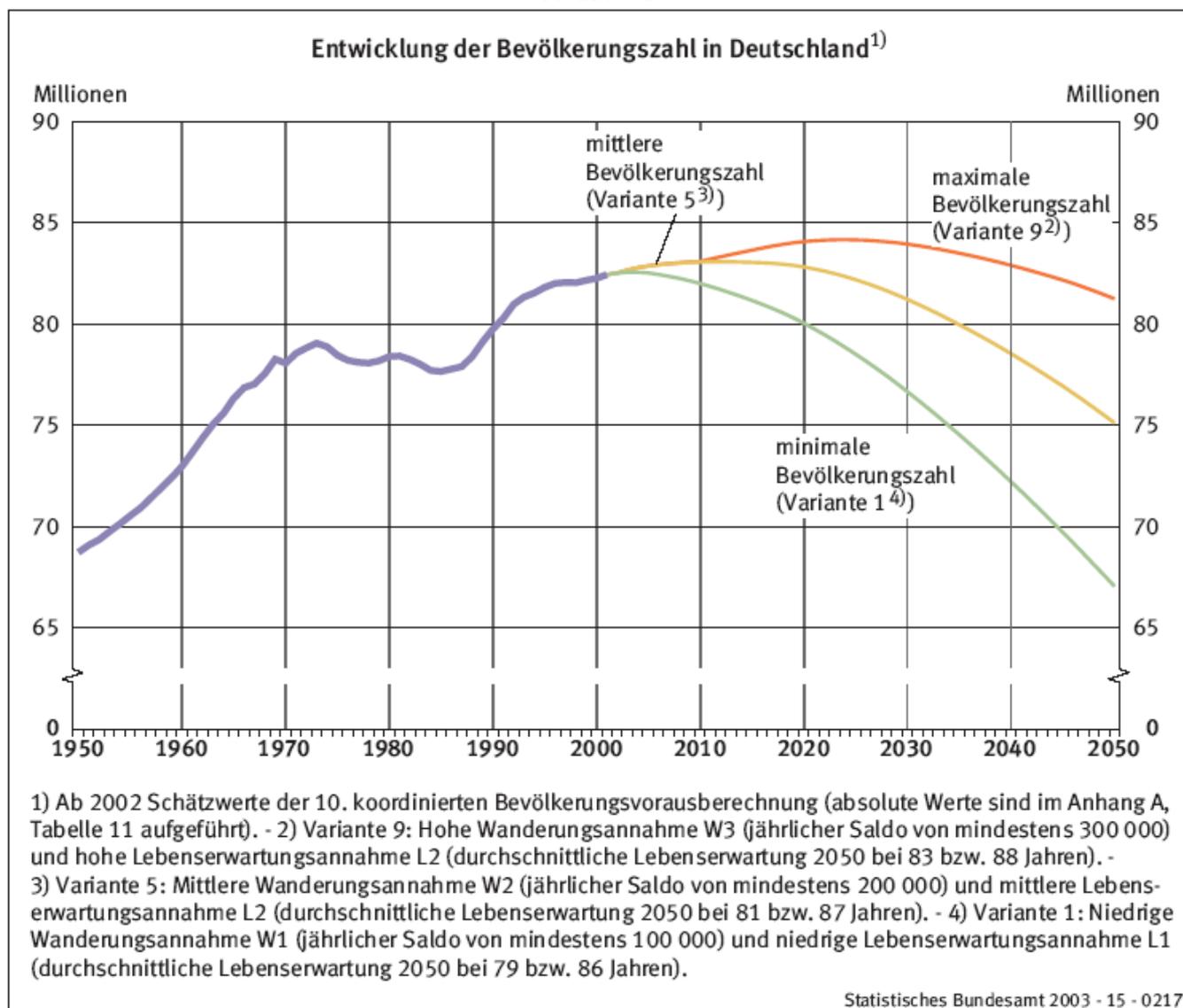
Leitlinien für das Integrationskonzept

Das Integrationskonzept soll dazu beitragen,

- **dass die jeweils unterschiedlichen Lebenserfahrungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im gemeinsamen Leben und Lernen Wertschätzung erfahren,**
- **dass die Stärken von Migrantinnen und Migranten wahrgenommen und die vorhandenen Ressourcen genutzt werden können,**
- **Bewusstsein für Vorurteile zu schaffen und Verständnis füreinander zu wecken,**
- **die interkulturellen Handlungskompetenzen und Erfahrungsmöglichkeiten von Personen der Führungsebene ebenso wie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Institutionen, Organisationen, Verbänden, Vereinen, Wirtschaft und Verwaltungen zu fördern und zu erweitern,**
- **die Handlungen von Menschen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen kulturellen Zusammenhänge nachvollziehbar und verständlich zu machen,**
- **Unterschiede zu akzeptieren und zu überbrücken und von niemandem zu erwarten, die eigene Identität zu verleugnen,**
- **Konflikte demokratisch und mit friedlichen Mitteln auszutragen und zu lösen,**
- **dass von Migrantinnen und Migranten selbst gewählte Strukturen akzeptiert werden,**
- **die Beteiligung der Selbstorganisationen an den demokratischen Prozessen der Mehrheitsgesellschaft zu unterstützen,**
- **Gemeinsamkeiten zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu entdecken, auszutauschen, neu und weiter zu entwickeln,**
- **Benachteiligungen und Diskriminierungen abzubauen,**
- **die potentiell doppelte Benachteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund wahrzunehmen und ihr entgegen zu wirken,**
- **Menschenrechtsverletzungen (z.B. Zwangsheirat, Ehrenmorde, Beschneidung von Frauen) mit allen unserem demokratischen Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen,**
- **alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die schutzwürdigen Interessen von Asylbewerberinnen, Asylbewerberinnen und geduldeten Flüchtlingen zu wahren.**

Demografische Entwicklung in Deutschland

Schaubild 7



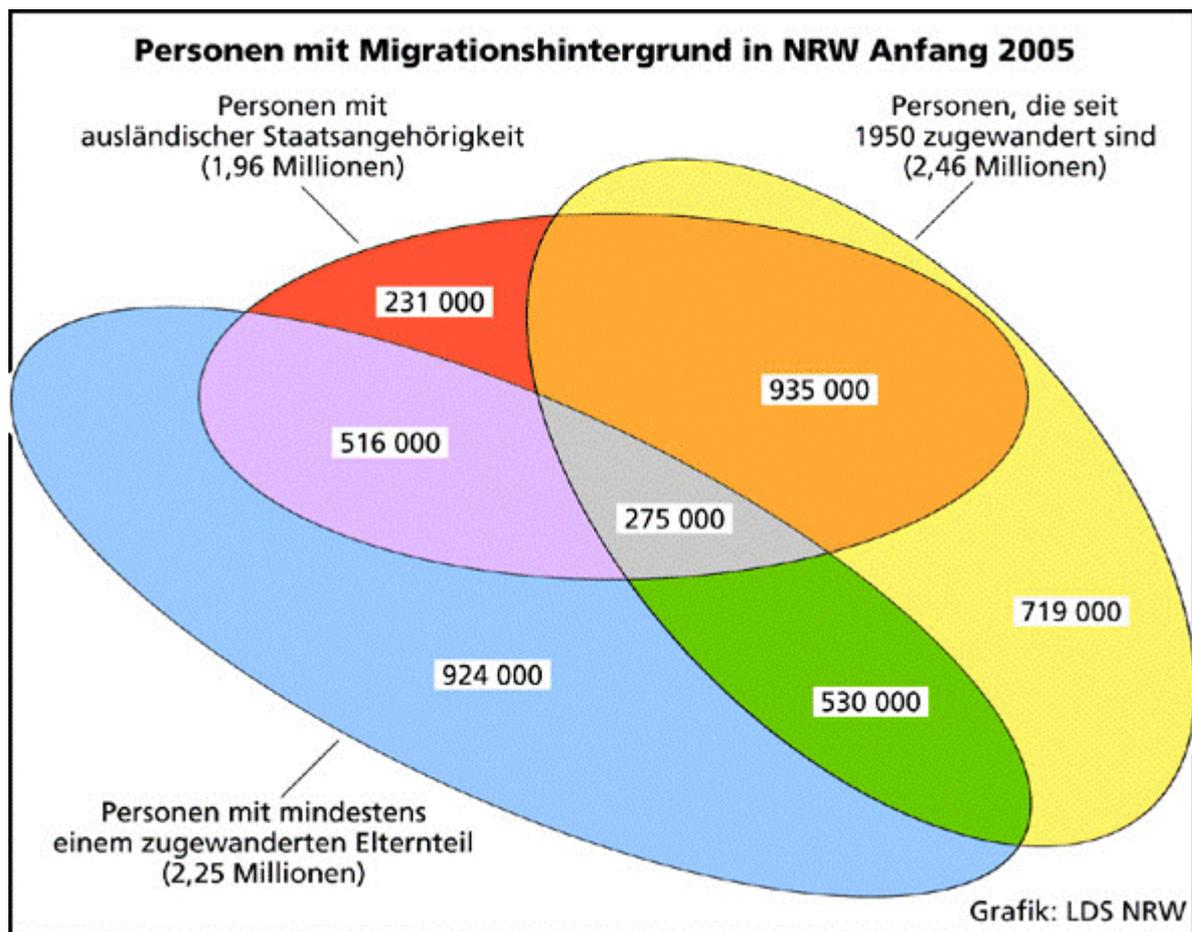
Nach den Annahmen des statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerungszahl in Deutschland langfristig nur aufrecht zu erhalten sein, wenn mindestens 300 000 Menschen jährlich einwandern.

Der Außenwanderungssaldo war in den vergangenen fünfzig Jahren vorwiegend positiv und betrug im Jahresdurchschnitt knapp 200 000, davon stellten Ausländerinnen und Ausländer etwa 150 000 pro Jahr. Im Jahr 2005 war der Wanderungssaldo sogar erstmalig negativ.

Bei Fortschreibung dieser Entwicklung wird die Einwohnerzahl in Deutschland dauerhaft sinken. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland deutlich an.

Das heißt, Deutschland wird älter und bunter. Fast ein Viertel der NRW-Einwohner mit „Migrationshintergrund“

Nordrhein-Westfalen ist weit stärker durch Zuwanderung geprägt, als sich dies in der Zahl der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger widerspiegelt. Wie das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik mitteilt, hatte Anfang 2005 fast jeder vierte (22,9 Prozent) Einwohner des Landes einen „Migrationshintergrund“, wenn man neben den ausländischen Staatsbürgern auch solche Personen einbezieht, die entweder selbst oder deren Eltern aus dem Ausland zugezogen sind.



Im Einzelnen leben in NRW

- 1,96 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit;
- 2,46 Millionen Menschen, die seit 1950 von außerhalb der Bundesrepublik zugewandert sind (Aussiedler, Eingebürgerte);
- 2,26 Millionen Menschen mit mindestens einem aus dem Ausland zugewanderten Elternteil.

Die Zahlen beruhen auf ersten Auswertungen des „Mikrozensus“, der seit diesem Jahr - anders als in früheren Jahren - kontinuierlich über das ganze Jahr erhoben wird und erstmals auch Fragen zum Migrationsstatus enthält. Wichtig ist dies zum Beispiel, wenn es um Fördermaßnahmen für Schulkinder geht. (LDS NRW), (117 / 05) Düsseldorf, den 20. Juli 2006

Migrantinnen und Migranten im Kreis Düren

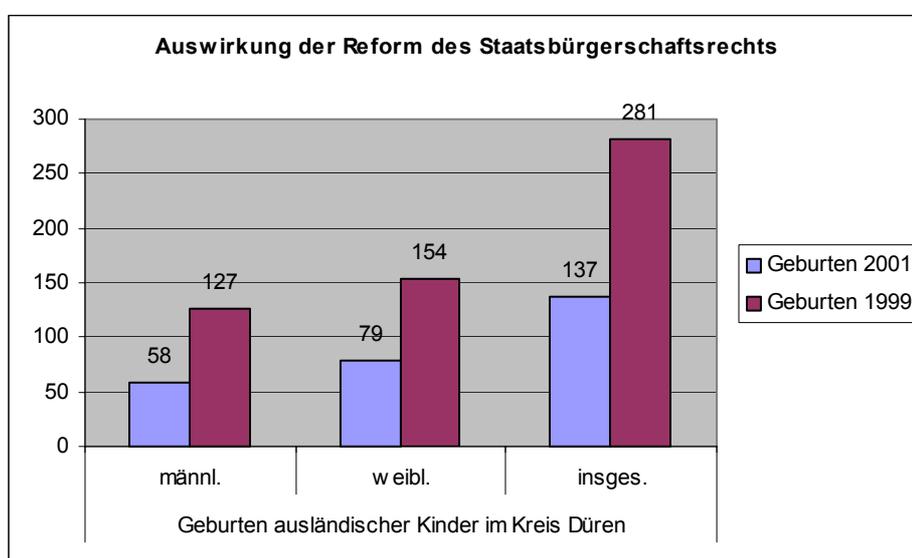
Die Abhängigkeit der Ausländerstatistik von gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen lässt sich im Kreis Düren an verschiedenen Parametern abmessen.

Einbürgerungen

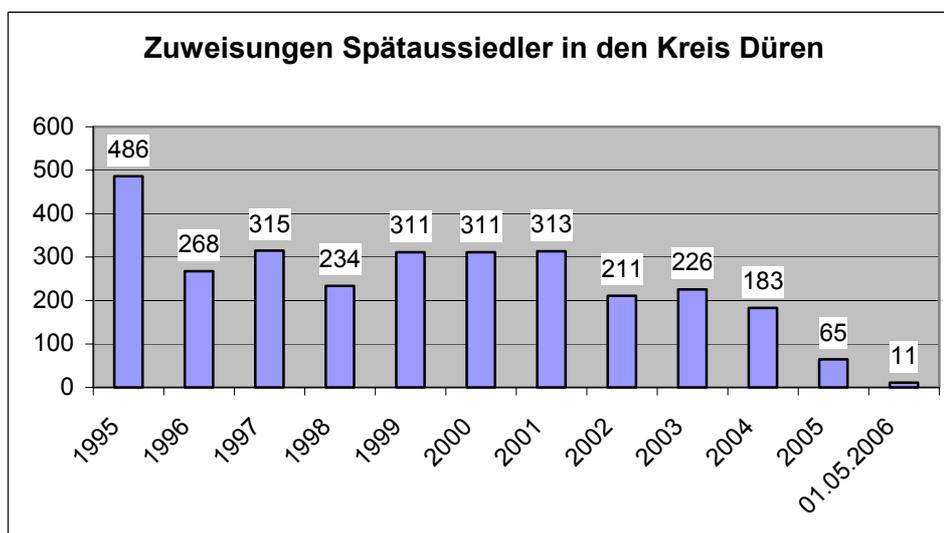
Jahr	2003	2004	2005
Stadt Düren	251	216	215
Kreis Düren	216	236	123

(Quelle: eigene Erfassung der Ausländerämter Stadt und Kreis Düren)

Durch die Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht zum 1.1.2000, nach dem alle Kinder von Ausländern, die seit 8 Jahren einen festen Aufenthaltsstatus haben, Deutsche sind, werden fast 50% mehr deutsche Kinder geboren.

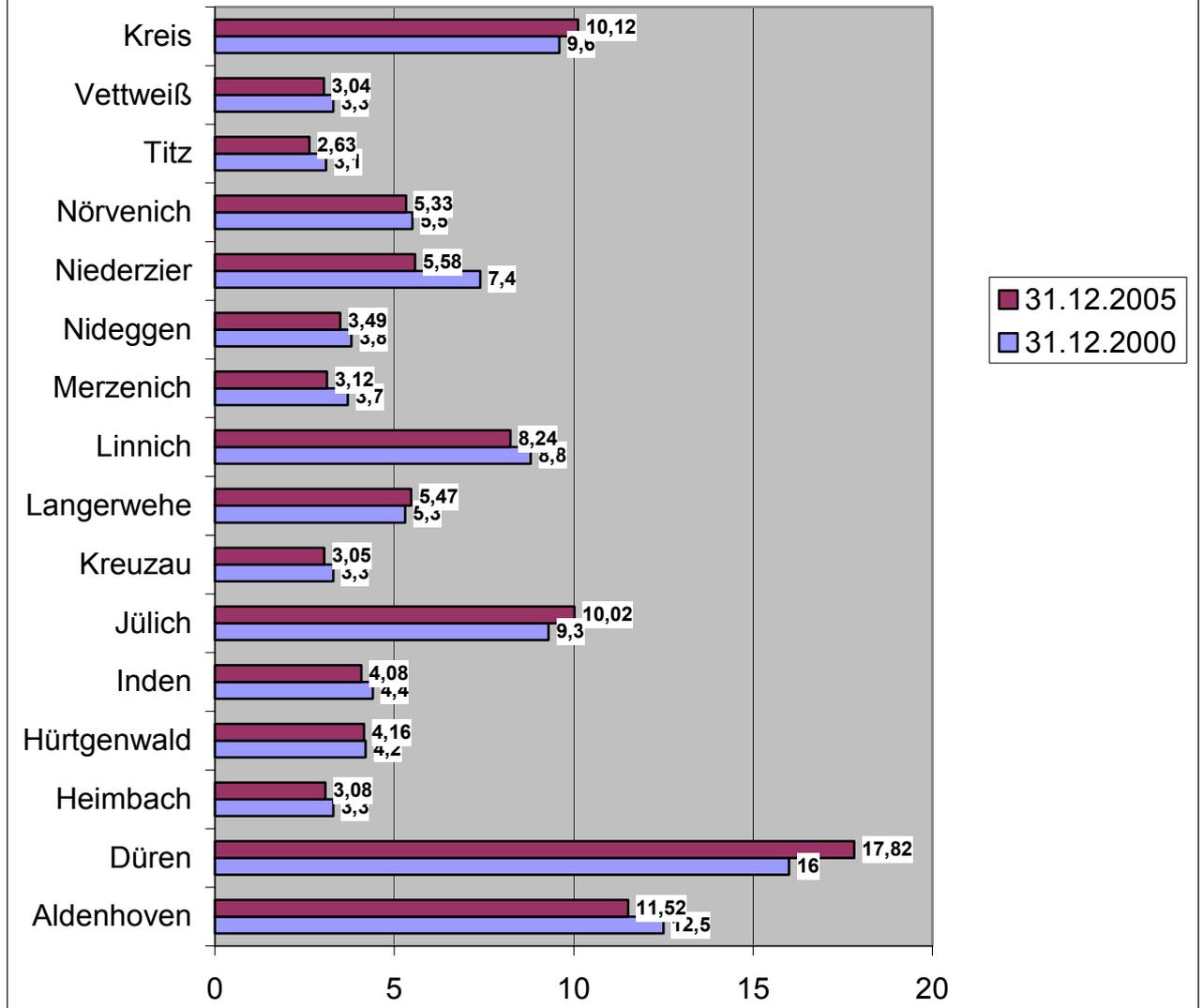


Von 1989 bis zum 1.5.2006 wurden 8774 Spätaussiedler dem Kreis Düren zugewiesen. Aber auch hier sind die Zuzüge rückläufig.



Nicht-Deutsche Bevölkerung Kreis Düren in %

Quelle: Landesamt für Daten und Statistik



Arbeitskreis 1

Bildung, Familie, Frauen, Sport

Moderation: Dr. Şeref Ateş, Lehrer

Kapitel 2.1- Arbeitskreis 1

Interkulturelle Pädagogik in früher Kindheit, im Kindergartenalter und im Übergang zur Grundschule

Familien bedürfen im Rahmen des Integrationsprozesses einer besonderen Aufmerksamkeit. Sie genießen den besonderen Schutz unserer Gesellschaft. Eltern können Unterstützung erwarten für die von ihnen geleistete Erziehung und Förderung der nächsten Generation.

Im Sinne einer Interkulturellen Pädagogik sind hierbei *alle* Eltern gemeint - unabhängig von ihrer Nationalität, Ethnie, kulturellen Prägung und religiösen Zugehörigkeit. Es besteht jedoch Bewusstsein darüber, dass der Zugang zu Bildung und Beratung rund um die erziehende und bildende Funktion für Eltern mit Migrationshintergrund eine besondere Herausforderung darstellt. Das Integrationskonzept des Kreises Düren beabsichtigt, dieser Herausforderung Rechnung zu tragen und insbesondere auch für zugewanderte Familien unterstützende Maßnahmen zu initiieren und nachhaltig anzubieten. Immer dann, wenn dabei zugewanderte und einheimische Eltern und ihre Kinder zusammengeführt werden und zu einem weiterführenden und sich gegenseitig unterstützendem Austausch veranlasst werden können, empfinden wir die Bemühungen als besonders fruchtbar.

Der Adressatenkreis mit der Zielrichtung „Integration“ beginnt also bei den Familien und nimmt die Förderung der Kinder - möglichst frühzeitig und sorgfältig - in den Blick. Die kindlichen Adressaten einer sich etablierenden Interkulturellen Pädagogik sind demnach alle hier geborenen, hier aufgewachsenen und hierhin zugewanderten Kinder.

Eine frühe Aufmerksamkeit meint hier die Situation ab der Geburt der Kinder. Da die elterliche Betreuungs- und Erziehungskraft unmittelbar mit den Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern zusammenhängt, werden beide Prozesse im Rahmen des Integrationskonzepts gleichwertig in den Blick genommen.

Kapitel 2.1 – Arbeitskreis 1

Interkulturelle Pädagogik in früher Kindheit, im Kindergartenalter und im Übergang zur Grundschule

Handlungsfelder sind:

- Integration durch interkulturelle Unterstützung rund um die Geburt des Kindes
- Integration durch besondere Berücksichtigung von Kindern im Gesundheitssystem
- Integration durch frühkindliche Förderung und erziehungsstärkende Angebote in der Familienbildung
- Integration durch Interkulturelle Pädagogik im Elementarbereich
- Förderung der Mehrsprachigkeit und Deutsch als Zweitsprache
- Sprachstandserfassung in Kindertageseinrichtungen
- Kulturspezifische und kulturverbindende Aktionen
- Zusammenarbeit mit deutschen und zugewanderten Eltern in Kindertageseinrichtungen
- Antirassistische Arbeit, vorurteilsbewusste Ansätze und Aktionen zur Gewaltprophylaxe
- Interreligiöses Leben in der Kindertageseinrichtung
- Interkulturelle Methoden und Materialien
- Interkulturelle Konzeptentwicklung
- Integration durch Maßnahmen der Kooperation im Übergang vom Kindergarten in die Grundschule

In allen Handlungsfeldern ist notwendig:

- anhaltende Vernetzung und Qualifizierung der Erzieherinnen und Verantwortlichen in der sozialen Arbeit
- anhaltende Entwicklung einer kultursensiblen Zusammenarbeit mit Eltern
- weitere Entwicklung von interkulturellen Konzepten in allen Kindertagesstätten
- permanent ergänzende Entwicklung von geeignetem Material für kultursensible pädagogische Arbeit

In allen Handlungsfeldern bestehen Erfahrungen und Beispiele guter Praxis im Kreis Düren.

Eine flächendeckende Implementierung und die Entwicklung gemeinsamer Standards mit übergeordneter Verbindlichkeit wird angestrebt.

Ansprechpartnerin: Elke Schlösser, RAA Kreis Düren

Kapitel 2.2 – Arbeitskreis 1

Integration im schulischen Bereich

Handlungsfelder:

- *Einhaltung der Schulpflicht*
 - Recht auf Besuch der geeigneten Schulform, auf Fahrtkostenerstattung und Lernmittelfreiheit auch für Kinder von Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen
 - Verständigung auf gemeinsame Standards aller Schulen bei Verletzung der Schulpflicht – gültig für alle Kinder unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus – Einbeziehung des vom Schulamt erarbeiteten Leitfadens (siehe Homepage der Kreisverwaltung Düren)

- *Vorschulische Sprachförderung*
 - für alle Kinder mit Förderbedarf
 - Entwicklung von gemeinsamen Standards und einer koordinierten Vorgehensweise

- *Interkulturelle Öffnung von Schule*
 - Qualifizierung der Lehrkräfte
 - Ausrichtung der Schulkonzepte auf die Multikulturalität der Schülerschaft

- *Förderung der Mehrsprachigkeit*
 - Aufwertung der Muttersprache als die wesentliche Grundqualifikation für einen gelingenden Erwerb der deutschen Sprache
 - konsequente Weiterführung der bisherigen sprachlichen Förderung in den Grundschulen

- *Förderung von Seiteneinsteigern*
 - flächendeckender Ausbau der schulformübergreifenden internationalen Klasse
 - weitere Öffnung aller Schulformen der Sekundarstufe I/Sek. II für Jugendliche mit Migrationshintergrund

- *Islamischer Religionsunterricht*
 - Einführung eines Islamkundeunterrichts in deutscher Sprache in den Schulen

Ziele:

- allen Kindern mit Sprachdefiziten schon vor der Schule eine angemessene Förderung zu bieten,
- allen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus,
- alle kommunal zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu unterstützen,
- die Ganztagschulen auch zu Orten des interkulturellen Lernens, des Förderns und der gegenseitigen Wertschätzung zu machen.

Die enge Kooperation aller Verantwortlichen im Kreis Düren ermöglicht individuelles Fördern und Fordern in den Schulen.

Ansprechpartner: Hassan AitSalah, Leiter der RAA Kreis Düren
Josef Lemoine Schulrat für den Kreis Düren

Kapitel 2.6 – Arbeitskreis 1

Jugendhilfe

Ziele:

- **Positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien schaffen und erhalten.**
- **Die rechtzeitige und ausreichende Bereitstellung eines qualitativ und quantitativ bedarfsgerechten Jugendhilfeangebots**
- **Die unterschiedlichen Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der Adressaten der Jugendhilfe berücksichtigen.**

Handlungsfelder:

- **Statistische Daten der Jugendhilfe so erfassen, dass in Zukunft Aussagen über die besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und deren Familien besser erkannt werden können.**
- **Förderung bzw. Wiedereingliederung von Schulverweigerern in Kooperation mit Schule**
- **Einbindung der Migrationsfachdienste in geplante Familienzentren**
- **Abfrage und Erfassung bedarfsgerechter Angebote der Familienförderung**
- **Qualifikation des Personals in der Jugendhilfe**
- **Entwicklung von Standards in der Jugendhilfe**
- **Akzeptanz der verschiedenen Kulturen bereits im Kindesalter**
- **Beantragung und Durchführung des Sprachförderprogramms in Kindertagesstätten in Vernetzung und Kooperation mit RAA Kreis Düren, Schulamt und Gesundheitsamt.**
- **Verstärkte Ansprache und Einbindung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Jugendzentren**

Ansprechpartnerinnen:

Insa Breuer, Jugendhilfeplanung Kreis Düren
Ina Ruick, Jugendhilfeplanung Stadt Düren

Kapitel 2.8 – Arbeitskreis 1

Migrantinnen und Migranten im Sport

Ziele:

- Die Zahl der Mitglieder mit Migrationshintergrund, insbesondere der Mädchen und Frauen erhöhen, um die Vielgestaltigkeit des Vereinssports im Kreis Düren auf Dauer zu sichern.
- Einen gleichberechtigten Zugang zu verantwortlichen und gestaltenden Aufgaben im Vereinssport zu fördern.
- Die Kooperation mit Migrantensportvereinen intensivieren, ihre Selbstorganisationspotentiale wertschätzen und unterstützen.
- Die vorhandenen Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ausbauen.

Handlungsfelder:

- Bessere Information der Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere der Neuzuwanderer in den Kreis Düren über die Angebote und Möglichkeiten des Vereinssports.
- Gewinnung von Migrantinnen für den Vereinssport.
- Stärkere Ansprache und Einbindung von Migrantinnen und Migranten in verantwortliche Positionen, als ÜbungsleiterInnen bzw. in den Vereinsvorständen.
- Sensibilisierung der Sportvereine für die besonderen Belange der Migrantinnen.

Ansprechpartner: Zeynel Aydin, Taekwondoschule Aydin e.V.

Kapitel 2.9 – Arbeitskreis 1

Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund im Kreis Düren

Ziele:

- Migrantinnen in keinem gesellschaftlichen Bereich benachteiligen oder diskriminieren.
- Migrantinnen in ihrer interkulturellen Kompetenz wahrnehmen und als Trägerinnen von Ressourcen anerkennen.
- Die Lebenssituationen von Migrantinnen genau wahrnehmen, erfassen und öffentlich machen.
- Sie in ihren rechtlichen Belangen angemessen unterstützen.
- Geschlechtsbezogenen Diskriminierungen auf Grund kultureller, traditioneller, religiöser und sprachlicher Prägungen entgegen wirken.
- Bekämpfung der Gewalt gegen Migrantinnen.

Handlungsfelder:

- Verbesserung der Datengrundlagen in Bezug auf die Lebenssituation von Migrantinnen.
- Die Selbstorganisation von Migrantinnen unterstützen und in bestehende Strukturen einbinden.
- Die erfolgreiche Arbeit von Frauenberatungsstellen weiterführen und dafür Bedarfe von Migrantinnen regelmäßig erfassen, fachlich reflektieren und bearbeiten.
- Die vorhandenen Lücken im Bereich der Beratung und psychosozialen Versorgung von Migrantinnen offen legen und möglichst schließen.
- Gewinnung von Personal mit Migrationshintergrund.
- Verstärkte Kooperation mit Migrantinnen und ihren Selbstorganisationen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.
- Stärkung der Kompetenz und der Sensibilität von Schulen, Beratungsstellen, Jugendämtern und Migrantenselbstorganisationen im Umgang mit dem Thema Zwangsheirat.
- (Weiter-) Qualifizierung sowohl von professionellen Beraterinnen und Beratern als auch von Migrantenselbstorganisationen.
- Integrationskurse und sonstige Sprachkurse frauengerecht gestalten.

Ansprechpartnerinnen:

Kapitel 2.10 – Arbeitskreis 1

Ältere Migrantinnen und Migranten

Ziele:

- **Bedarfe von älteren Menschen mit Migrationshintergrund identifizieren**
- **Strategien zur Schaffung eines bedarfsgerechten Hilfe- und Unterstützungsangebots entwickeln.**

Mögliche Handlungsfelder:

- **Verbesserung der Information von Migrantinnen und Migranten über Einrichtungen und Angebote der Altenhilfe und Seniorenarbeit im Kreis Düren**
- **Kooperationsangebote zwischen deutschen Trägern der Seniorenarbeit und Migrantenselbstorganisationen weiter entwickeln und durchführen**
- **interkulturelle Öffnung der Veranstaltungen für und mit Seniorinnen und Senioren im Kreis Düren**
- **interkulturelle Öffnung der Beratung für Pflegebedürftige und pflegende Angehörigen**
- **interkulturelle Öffnung der stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen**
- **verstärkte Einstellung von Fachkräften, die mit der jeweiligen Kultur vertraut sind**
- **Entwicklung von zielgruppenspezifischen Angeboten für einzelne Herkunftsländer oder religiöse Gruppen**
- **Aufbau und Förderung von kulturspezifischen Netzwerken.**

Diese Handlungsfelder stehen unter dem Vorbehalt der Beratung durch die Pflegekonferenz im Kreis Düren, sofern sie von Dienstleisterinnen und Dienstleistern der Seniorenarbeit im Kreis Düren umgesetzt werden müssen.

Ansprechpartnerin:

Monika Sandjon, Koordinierungsstelle Pro Seniorinnen und Senioren Kreis Düren

Arbeitskreis 2

Arbeitsmarkt, Ausbildung, Antidiskriminierung

Moderation: Burhan Çetinkaya

***Büro für Gemeinwesenarbeit,
Evangelische Gemeinde zu Düren***

Kapitel 2.3 – Arbeitskreis 2

Übergang von der Schule in den Beruf

Ziele:

- Interkulturell sensibilisierte Berufswahlvorbereitung in der Schule.
- Verbesserte Berufsentscheidungskompetenz der Jugendlichen
- Erhöhung des Informationsstandes der Eltern über das deutsche Berufsausbildungssystem
- Abbau von Benachteiligungen aufgrund der Herkunft
- Abbau von Benachteiligungen junger Migrantinnen aufgrund des Geschlechts
- Stärkere Öffnung vorhandener Angebote für Migrantinnen und Migranten

Handlungsfelder:

- Zielgerichtetes Bewerbungs- und Kompetenztraining in Schule und Weiterbildung
- Ausbau der Elternarbeit und Elterninformationen gemeinsam mit Migrantenselbstorganisationen
- Verbesserung des Informationsstandes der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber über die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Berücksichtigung der besonderen Situation von Mädchen mit Migrationshintergrund
- Weiterentwicklung der bestehenden Projekte zur Begleitung von Ausbildungsbetrieben
- Ausweitung des Projektes "Arbeiten und Lernen" auch auf Jugendliche, die nicht im ALGII-Bezug sind
- Ausweitung der Kombikurse (sprachliche und berufliche Qualifikation) für Jugendliche mit dem Schwerpunkt "Deutsch als Zweitsprache"
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Berufskollegs in Bezug auf Seiteneinsteiger in das deutsche Bildungswesen
- Internationale Förderangebote speziell für Berufsdeutsch
- Kommunale Beschäftigungsmaßnahmen für nicht vermittelbare arbeitslose Jugendliche insbesondere mit Migrationshintergrund entwickeln
- Einrichtung von Beratungsstunden in Stadtteilzentren, Jugendzentren, Treffpunkten von Migrantenselbstorganisationen und Schulen

Ansprechpartner/innen:

Georg Henseler, RAA Kreis Düren
Gudrun Petry und Jörg Gauder, job-com Kreis Düren
Gaby Uerlichs, Jugendmigrationsdienst SKF
Monika Pönicke und Christine Müller, Agentur für Arbeit, Düren

Kapitel 2.4 Arbeitsmarkt – Arbeitskreis 2

Arbeitsmarkt

Ziele:

- Migrantinnen und Migranten sollen die gleiche Teilhabe am Arbeitsmarkt haben wie Deutsche
- Das Risiko immer wieder eintretender Arbeitslosigkeit wegen geringer Qualifikation soll verringert werden
- Ausreichendes Angebot betrieblicher Arbeitsstellen
- Benachteiligung von Migrantinnen aufgrund des Geschlechts abauen
- Verstärkte Förderung beruflicher Qualifizierung von arbeitslosen erwachsenen Migrantinnen und Migranten
- Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten an Fortbildungsangeboten
- Verbesserung des Beratungsangebotes für Migrantinnen und Migranten

Handlungsfelder:

- Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen Sprachkursträgern, Job-com und Arbeitsagentur um Integrationskurse mit Betriebspraktika zu verbinden.
- Gewinnung von Personal mit möglichst vielfältigen Sprachkenntnissen in job-com und Qualifizierungsmaßnahmen.
- Qualifizierung der Beraterinnen und Beratern von Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf die Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen.
- Weiterentwicklung der vorhandenen Maßnahmen für Menschen, deren Berufsabschlüsse nicht oder nur teilweise anerkannt werden.
- Entwicklung von berufsvorbereitenden Sprachkursen aufbauend auf den erfolgreichen Abschluss eines Integrationskurses.
- Entwicklung einer Kampagne gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt für den Kreis Düren
- Weiterentwicklung der vorhandenen Ausschreibungskriterien für Qualifizierungsmaßnahmen in Richtung eines Diversity-Managements der Anbieter.

Ansprechpartner/innen: Gurdun Petry und Jörg Gauder, job-com Kreis Düren
Monika Pönicke und Christiane Müller Agentur für Arbeit,
Düren

Kapitel 2.5 - Arbeitskreis 2

Integrationskurse und Migrationserstberatung

Ziele:

- allen Menschen, die als Neuzuwanderer in den Kreis Düren kommen, ein Integrationskursangebot machen
- allen im Kreis Düren lebenden Zuwanderern ermöglichen Deutsch zu lernen.
- diejenigen, deren Deutschkenntnisse aufgrund arbeitsmarkt- und integrationspolitischer Notwendigkeiten gefordert sind, zur Teilnahme motivieren und verpflichten.

Ziel von Migrationserstberatung und Jugendmigrationsdienst ist:

- Ziel der Migrationserstberatung ist es, den Integrationsprozess bei Neuzuwanderern gezielt zu initiieren, zu steuern und zu begleiten

Handlungsfelder:

- Weiterentwicklung der Kooperation zwischen Ausländerämtern, Migrationsdiensten, kommunalen Sozialämtern, job-com und Sprachkurs-trägern
- Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes auch an Kursen für besondere Zielgruppen: z.B. Frauen, Jugendliche und Menschen, die die lateinische Schrift nicht beherrschen.
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit für die Integrationskurse, aber auch für alle anderen Möglichkeiten im Kreis Düren Deutsch zu lernen.
- Jeder Neuzuwanderer soll ein verbindliches Integrationsangebot erhalten, in dem Ziele, Unterstützungsmöglichkeiten, Rechte und Pflichten festgehalten werden.
- Schaffung von Unterstützungsnetzwerken, die für Neuzuwanderer verbindlich und transparent den Eingliederungsprozess begleiten.
- Nutzung der Integrationskurse zur Informationsweitergabe über die vorhandene Infrastruktur im Kreis Düren, wie z.B. Frauenberatungsstellen, Pflegedienste, Jugendorganisationen, Sportvereine.

Ansprechpartner/innen: Gaby Uerlichs, Jugendmigrationsdienst SKF
Sophokles Charalambakis, Migrationserstberatung
Diakonie
Sybille Haußmann, Migrationsbeauftragte Kreis Düren
Rechts-, Ordnungs- und Migrationsamt Kreis Düren

Kapitel 3.3 – Arbeitskreis 2

Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im Kreis Düren

Am 29. Juni 2006 hat der Deutsche Bundestag erstmalig ein Gesetz beschlossen, das einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung gewährleisten soll.

Mit dem "Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz" (AGG) kommt Deutschland seiner Verpflichtung nach, vier Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft zum Schutz vor Diskriminierung in nationales Recht umzusetzen.

Das Gesetz soll Schutz bieten vor Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Religion, der sexuellen Identität, einer Behinderung und des Alters.

Die Richtlinien betreffen verschiedene Bereiche unserer Rechtsordnung - der Schwerpunkt liegt im Bereich von Beschäftigung und Beruf, die Bestimmungen gelten gleichermaßen etwa für Arbeitnehmer, Auszubildende oder für den öffentlichen Dienst. Betroffen ist aber auch das Zivilrecht, also Rechtsbeziehungen zwischen Privatpersonen - insbesondere Verträge mit Lieferanten, Dienstleistern oder Vermietern.

Ziele für den Kreis Düren:

- Information der Bevölkerung und der Institutionen über die neuen gesetzlichen Möglichkeiten gegen Diskriminierung vorzugehen.
- Die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes auf Kreisebene begleiten und befördern.

Handlungsfelder:

- Kooperation mit allen Institutionen, die sich schon seit langem für die Belange von Minderheiten oder gegen die Diskriminierung engagieren, wie zum Beispiel die kommunalen Gleichstellungsstellen und die Behindertenbeauftragten.
- Entwicklung gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit
- Sammlung und Dokumentation und Veröffentlichung von Diskriminierungsfällen im Kreis Düren.

Ansprechpartnerin: Sybille Haußmann, Migrationsbeauftragte des Kreises Düren

Kapitel 3.4 – Arbeitskreis 2

Wirtschaftsförderung für Einwanderer im Kreis Düren

Ziele:

- Förderung der Wirtschaftskraft des Kreises Düren auch durch die Unterstützung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern mit Migrationshintergrund
- Förderung der vorhandenen Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund im Kreis Düren
- Nutzung des Potentials von Migrantunternehmen im globalen Wettbewerb.

Handlungsfelder:

- Das umfangreiche Beratungs-, Seminar- und Begleitangebot für Existenzgründungswillige und Jungunternehmen gezielt auch an Gründungswillige mit Migrationshintergrund heran tragen.
- Die gut funktionierenden Kooperationen mit Einrichtungen wie der Agentur für Arbeit Düren, Regionalstelle Frau und Beruf, der AGIT mbH sowie job-com Kreis Düren stärker für die Förderung von gründungswilligen Migrantinnen und Migranten nutzen.
- Entwicklung einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit um die Angebote der GWS auch unter Unternehmerinnen und Unternehmern bzw. unter Gründungswilligen mit Migrationshintergrund bekannt zu machen.
- Entwicklung von Kooperationen zwischen Migrantenselbstorganisationen bzw. Verbänden mit spezifischem Zugang zu der Zielgruppe, wie z.B. der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer

Ansprechpartnerin: Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren

Arbeitskreis 3

**Partizipation, Interkulturelle Öffnung und
Religion**

*Moderation: Hava Zaimi,
Zentrum für Migrationsberatung
Evangelische Gemeinde zu Düren*

Kapitel 3.1 – Arbeitskreis 3

Interkulturelle Öffnung von Verwaltung und sozialen Diensten

Ziele:

- Die interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und der sozialen Einrichtungen im Kreis Düren fördern.
- Migrant/innen einen gleichberechtigten Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen ermöglichen.

Handlungsfelder:

- Stärkere Sensibilisierung der sozialen Einrichtungen im Kreis Düren für das Thema der interkulturellen Öffnung.
- Mitarbeiter/innen zu den Themen Interkulturelle Kommunikation und zu ausländerrechtlichen Fragen qualifizieren.
- Mehr Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund zu beschäftigen.
- Den Einsatz von Dolmetscher/innen bei sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten in Beratungssituationen verstärken.
- Die Kooperation und Vernetzung von Verwaltung, sozialen Diensten mit den Migrationsfachdiensten im Kreis Düren verstärken.
- Systematisierung der vorhandenen Aktivitäten.
- systematisch mehrsprachiges Informationsmaterial zu Beratungsmöglichkeiten im Kreis Düren durch die sozialen Einrichtungen einsetzen,
- Aufbau eines systematischen Fortbildungsprogramms für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung.
- Gezielte Werbung von Migrant/innen für die Ausbildungsplätze in der Kreisverwaltung zu allen Laufbahnen.
- Aufnahme von Qualitätskriterien zur interkulturellen Arbeit in die Förderbescheide des Kreises.
- Aufnahme von Kriterien zur interkulturellen Öffnung in das Berichtswesen der geförderten Einrichtungen.

Ansprechpartnerinnen:

Nicole Schüller, Projektentwicklungs- und Forschungsstelle für Chancengleichheit Kreis Düren

Sybille Haußmann, Migrationsbeauftragte Kreis Düren

Kapitel 3.2 – Arbeitskreis 3

Dolmetscherdienst im Kreis Düren

Ziele:

- Öffnung der bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote im Kreis Düren für Migrant/innen, die noch nicht ausreichend die deutsche Sprache beherrschen.
- Fortführung und Erweiterung des bestehenden Dolmetscherdienstes für Verwaltungen, Beratungsstellen der kirchlichen und freien Träger und Kliniken und niedergelassene Ärzt/innen.
- Weiterentwicklung des Dolmetscherdienstes zum integralen Bestandteil der interkulturellen Öffnung der Verwaltungen, der sozialen Dienste und des Gesundheitswesens im Kreis Düren.

Handlungsfelder:

- Qualifizierung von ehrenamtlichen Sprach- und Kulturmittler/innen
- Sensibilisierung von sozialen Einrichtungen und Verwaltungen für die Notwendigkeit unabhängiger und ausgebildeter Sprach- und Kulturmittler in Beratungs- und Behandlungssituationen.
- Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung mit sozialen Diensten zur weiteren Bekanntmachung des Dolmetscherdienstes
- Gewinnung zusätzlicher Sprach- und Kulturmittler/innen, insbesondere weiblichen Geschlechts.
- Entwicklung eines Qualitätsmanagements für den Dolmetscherdienst

Dieses Kapitel steht unter dem Vorbehalt einer Finanzierungsmöglichkeit ab dem Jahr 2007.

Ansprechpartnerin: Heike Winzenried, Diakonisches Werk des Kirchenkreises Jülich

Kapitel 2.7 – Arbeitskreis 3

Gesundheit

Ziele (10. Landesgesundheitskonferenz, Hrsg. MFJFG, Düsseldorf 2001):

- Erhöhung des Stellenwertes des Themas der Gesundheit von Zuwanderern in der gesundheitspolitischen Diskussion,
- Weiterentwicklung bereits begonnener Initiativen und Maßnahmen, z.B. im Bereich der Sucht- und Aidsprävention,
- Verbesserung der kommunikativen Kompetenzen in den Einrichtungen und Institutionen des Gesundheitswesens,
- stärkere Berücksichtigung legitimer kultureller und religiöser Bedürfnisse,
- verstärkte Initiativen im Rahmen der Koordination und Moderation, z.B. durch die kommunalen Gesundheitskonferenzen,
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, z.B. im Rahmen von Veranstaltungen und durch Nutzung moderner elektronischer Medien,
- verstärkte Berücksichtigung migrantenspezifischer Aspekte im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung.

Handlungsfelder für den Kreis Düren:

Die interkulturelle Kompetenz des Gesundheitswesens zu befördern und die Kompetenz der Zugewanderten bezüglich Gesundheit, Gesundheitsverständnisse und Gesundheitsstrukturen zu fördern.

Ansprechpartner: Gesundheitsamt Kreis Düren

Kapitel 5.1 - Arbeitskreis 3

Politische und gesellschaftliche Teilhabe stärken

Ziele:

- Die Partizipation von Migrantinnen und Migranten in den politischen Gremien des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen verbessern.
- Einen Beitrag leisten, dass sich Migrantinnen und Migranten unserem Gemeinwesen zugehörig und akzeptiert fühlen können.
- Die Loyalität von Migrantinnen und Migranten gegenüber dem Gemeinwesen und die Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl zu engagieren stärken.
- Die Möglichkeit, für Migrantinnen und Migranten verbessern sich an Entscheidungen beteiligen und über die Belange des Gemeinwesens mit bestimmen zu können.

Handlungsfelder:

- Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Thema "Migration und Partizipation" in den Parteien und Fraktionen erhöhen.
- Entwicklung von Strategien, den Migrantenanteil in den politischen Gremien zu erhöhen.
- Hinwirken auf die Änderung des Wahlgesetzes mit dem Ziel, das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger zu erlangen, wenn sie schon einen längeren Zeitraum rechtmäßig in Deutschland leben.
- Schaffung von Gremien, die den spezifischen Belangen von Migrant/innen Stimme und Ausdruck im politischen Raum des Kreises verleihen.
- Stärkung der spezifischen Belange von Migrant/innen in den politischen Gremien im Kreisgebiet.
- Schaffung von Transparenz und Sichtbar-machen der vielfältigen Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen.
- Einbeziehung der Organisationen in die Kommunikationsstruktur zwischen Behörden und Vereinen.
- Bessere Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements der Migrant/innen durch öffentliche Institutionen.

Ansprechpartner: Peter Koschorreck, Vorsitzender des Integrationsausschusses der Stadt Düren
Hakan Cay, Vorsitzender des Türkischen Elternvereins

Kapitel 6 – Arbeitskreis 3

Aspekte interreligiöser Integration

Ziele:

- die religiösen Identitäten aller im Kreis Düren lebenden Menschen würdigen und so integrativ wirken,
- die Akzeptanz der verschiedenen Religionen, wie auch die interreligiöse Kompetenz der Menschen im Kreis Düren, fördern,
- die Grundlage zur Ausübung und Pflege der Religion insbesondere für die Muslime als größter religiöser Gemeinschaft nach den Christen im Kreis Düren zu verbessern.

Handlungsfelder:

- Entwicklung eines Informationssystems über die hohen religiösen Feiertage in allen Verwaltungen im Kreis Düren.
- Religiöse Einrichtungen der verschiedenen Konfessionen im Kreis Düren öffentlich bekannt machen und die betreffenden Religionsgemeinschaften in den öffentlichen Diskurs gesellschaftlicher Fragen miteinbeziehen.
- In Kindertageseinrichtungen und Schulen religiöse Traditionen wahrnehmen und konzeptionell berücksichtigen, Informationsmaterial und Fortbildungen zu dem Thema für Kindertageseinrichtungen und Schulen anbieten.
- In Krankenhäusern und Altenheimen Möglichkeiten der Krisenbewältigung und des Abschiednehmens schaffen, die möglichst vielen religiösen Bedürfnissen entsprechen.
- Die Ausübung der Religionen und den Bau von Gotteshäusern unterstützen.
- Einrichtung von Grabfeldern für Muslime und Räume für rituelle Waschungen der Verstorbenen in weiteren Kommunen des Kreises Düren.
- Einbeziehen der nichtchristlichen Religionsgemeinschaften in die deutsche Gedenkkultur, um Migrant/innen die Möglichkeit zu geben, sich gegenüber der deutschen Geschichte zu verhalten.
- Wissen, Akzeptanz und Toleranz gegenüber den Glaubensüberzeugungen anderer steigern, Vorurteile abbauen. Die Zusammenarbeit zwischen der muslimischen, der christlichen und der staatlichen Jugendarbeit initiieren und fördern.
- Stärkung und Unterstützung des interreligiösen Dialogs durch die Kreisverwaltung im Rahmen ihrer Kompetenzen und rechtlichen Möglichkeiten.

Ansprechpartner: Dr. Halabi, Islam-Forum Düren
Dr. Dirk Siedler, Evang. Gemeinde zu Düren

Fachtagung "Integration leben" am 30.08.2006

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1 "Bildung, Familie, Frauen, Sport"

Moderation: Seref Ates, Lehrer

Allgemeine Forderungen zum Gesamtkonzept:

- Ein Amt für "Interkulturelle Angelegenheiten" o. ä. mit entsprechender hauptamtlicher Besetzung
- Geschlechtergerechte Sprache
- Einen konkreten Plan von Absprachen zu erarbeiten, der jährlich abgearbeitet wird
- Ausstattung mit einem eigenen Etat ist einzurichten

Jugendhilfe:

- Individuelle Hilfestellung der Kinder und Eltern
- Mädchen mit Migrationshintergrund in der Jugendhilfe
- Situation von Mädchen in allen Punkten berücksichtigen

Frauen:

- Berufliche Integration der Migrantinnen
- Einführung von Deutschkursen für Mütter und Kinder (Grundschüler/innen) gemeinsam, um den Start in der Schule zu verbessern (Beispiel Stadt Köln)
- Berufsberatung für zugewanderte Mädchen
- Qualifizierung von Migrantinnen – Wiedereinstieg

Senioren/innen:

- Kulturspezifische Beachtung des Themas/der Hilfen "Sterben – Tod – Trauer"

Interkulturelle Pädagogik und Übergang Kiga/Grundschule:

- "...für den Übergang von Kindergarten in die Schule ist für den Einzugsbereich jeder Schule" (Punkt 2.1.5.)
- Ausbildung und Weiterbildung in Deutsch als Zweitsprache

Sport:

Elke Ricken-Melchert

(Ricken-Melchert)

Fachtagung „Integration leben“ vom 30.08.2006

Niederschrift der Arbeitsgruppe 2:
Arbeitsmarkt, Ausbildung, Antidiskriminierung

Moderation: Burhan Çetinkaya (Büro für Gemeinwesenarbeit, Evangelische Gemeinde zu Düren)

Beginn der Arbeitskreissitzung: 16.05 h

Der Moderator führt in die Thematik ein und stellt die einzelnen Themenbereiche anhand der Ziele und Handlungsfelder einzeln vor. Im Arbeitskreis werden die bereits im Entwurf des Integrationskonzeptes entwickelten Ziele kritisch erörtert mit dem Ergebnis einer breiten Zustimmung.

Zu den einzelnen Themenfeldern werden folgende Stellungnahmen, Ergänzungen und Anregungen im Arbeitskreis besprochen:

1. Übergang von der Schule in den Beruf

Patenschaften für Schüler/innen mit Migrationshintergrund für den Einstieg von der Schule in das Berufsleben werden bereits in einem Projekt von RAA und Freiwilligenzentrum eingeführt.

- In der sich anschließenden Diskussion werden solche Patenschaften auch bereits im schulischen Bereich zur Überwindung von Integrationsschwierigkeiten für sinnvoll erachtet.
- Frühzeitige Einbeziehung der Unternehmen für die Berufswahl noch vor Schulabgang
 - Profilingverfahren
 - Checks zur Feststellung verdeckter Fähigkeiten

2. Arbeitsmarkt

- Umformulierungsvorschlag für das erste Ziel: Migrantinnen und Migranten sollen gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt haben
- Vision der gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt auf für Asylbewerber; auch auf Ziff. 1 übertragbar
- Förderung der Mobilität bei der Arbeitsplatzsuche speziell für Migrantinnen insbesondere durch verstärkte Elternarbeit; auch auf Ziff. 2. 3 übertragbar.
- Einführung eine Quote, die Menschen mit Migrationshintergrund bei der Einstellung begünstigt.

3. Integrationskurse und Migrationserstberatung

Die Vertreterin des Jugendmigrationsdienstes (Sozialdienst Katholischer Frauen) äußert sich absolut positiv über die Einrichtung von Integrationskursen und deren Kooperation mit dem Jugendmigrationsdienst.

- Einrichtung von Jugendkombikursen, in denen Jugendliche bis zum 27. Lebensjahr Sprachkurse mit zusätzlicher Betreuung durch einen Sozialarbeiter erhalten
 - Möglichkeit der Kofinanzierung mit beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen durch die job-com
 - Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, soweit kein Bezug von SGB II vorliegt
 - ggf. in Verbindung mit Praktika zur Berufsorientierung

- Flächendeckend niedrigschwellige Sprachkursangebote für Mütter mit Kindergartenkindern oder schulpflichtigen Kindern organisiert auf schulischer oder vorschulischer Ebene einrichten; bisher praktiziert als „Mama lernt deutsch“ – Kurse, zur Zeit (2005) an 5 Standorten im Kreis Düren

4. Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im Kreis Düren

- Voraussetzung zur Erfüllung der angestrebten Ziele ist die Schaffung einer Ansprechpartnerin auf Kreisebene für solche Diskriminierungsfälle
- Es sollte deutlich werden, dass die Dokumentation und Veröffentlichung von Diskriminierungsfällen aus Datenschutzgründen nur anonym erfolgen kann.

5. Wirtschaftsförderung für Einwanderer im Kreis Düren

- Bestehende Unternehmen zur Öffnung von Menschen mit Migrationshintergrund sensibilisieren
- Herausstellen der besonderen Fähigkeiten und Ressourcen von Menschen mit Migrationshintergrund, z.B. Mehrsprachigkeit

Ende der Arbeitskreissitzung: 17.45 h

Schriftführerin: Rita Schrewentiggas

Arbeitsgruppe 3: Interkulturelle Öffnung, Gesundheit, Partizipation und Religion

Zusammenfassung der Diskussion

Interkulturelle Öffnung von Verwaltung und sozialen Diensten

- Seit Zukunftskonferenz des Kreises Düren Weiterbildungskurse (Konfliktbewältigung); Weiterbildung zur interkulturellen Öffnung
- Anregung; Abbau von Zugangsbarrieren; Mitarbeiter mit Migrationshintergrund gezielt anwerben
- Forderung: angemessene Quote von neuen MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund bei Neueinstellung (besonders in Ämtern mit Publikumsverkehr, die häufig Kontakt zu MigrantInnen haben (z.B. Schulamt, Job-Com, RAA ...))
- Sprachspezifische Erklärungen der Verwaltung für verschiedene Sprach-/Kulturgruppen
- Kulturmittler für Verwaltung

Dolmetscherdienst im Kreis Düren

- In Düren bietet der türkische Elternverein einen Dolmetscherdienst für Einbürgerungskandidaten an; hier auch Hilfe für Migrant/innen der 1. Generation
- Dolmetscherdienst wird als zusätzlicher Dienst zur Sprachintegration verstanden (Sicherstellung des Zugangs zu den nötigen Diensten)
- Frage: Welche Priorität hat ein Dolmetscherdienst innerhalb des Integrationskonzeptes?
- Ein Dolmetscherdienst im Kreis Düren könnte bei der Kreisverwaltung durch die Einzelrats (für besondere Auslagen) gegenfinanziert werden.

Zu 3: Gesundheit

- Es wird ein großer Bedarf festgestellt, sich überhaupt mit dem Thema Migration und Gesundheit zu beschäftigen. Im Konzept erscheint dies noch nicht hinreichend gelungen.

Zu 4: Politische und gesellschaftliche Teilhabe stärken

- In Düren gehen alle wichtigen Ratsvorlagen durch den Integrationsausschuss; alle Ausschüsse haben einen Vertreter aus dem Integrationsausschuss.
- Förderung von Migrantenselbstorganisationen auch auf Kreisebene nötig.
- Handlungsfelder: Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten durch die Verwaltung (z.B. in Kita, Schule ...)
- Parteien sollten sich für Migranten öffnen
- Im Kreis Düren Integrationsausschuss als Kontrollinstrument zur Umsetzung des I.-Konzeptes; der Ausschuss wird als „Querschnittsaufgabe“ aller Ausschussinhalte des Kreistages gesehen; dagegen: solche Ausschüsse sollten eher in den Kommunen als auf Kreisebene gebildet werden.

Zu 5: Aspekte interreligiöser Integration

- Handlungsfeld 7 (Einbeziehen der Migranten (geändert!) in die deutsche Gedenkkultur) sollte innerhalb des Punktes 4 (Politische und gesellschaftliche Teilhabe stärken) behandelt werden.
- Die Trennung innerhalb einiger Grundschulen im Kreis nach Religion (protestantische, muslimische Klassen ...) sollte aufgehoben werden
- Fragen wie Schächtung, Kopftuch, Religionsunterricht sind nicht angemessen berücksichtigt.

Protokoll: Frank Kreß, Evangelische Gemeinde zu Düren

**Beschlüsse des Arbeitskreis Migration vom 7.11.2006
zu den Änderungsvorschlägen aus der Fachtagung
Integration leben vom 30.8.2006**

Der Arbeitskreis Migration hat sich in seiner Sitzung vom 7. November 2006 mit den Ergebnissen der Fachtagung befasst. Die Änderungsvorschläge aus den drei Arbeitsgruppen wurden erörtert und zu jedem Vorschlag wurde die weitere Vorgehensweise verabredet.

Im Folgenden wurden die Änderungsvorschläge aus allen Arbeitsgruppen thematisch geordnet und die Beschlüsse des AK Migration jeweils hinzu gefügt.

Nr.	Thema/Gliederungspunkt
1.	<p>Grundlagen</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ein Amt für "Interkulturelle Angelegenheiten" o. ä. mit entsprechender hauptamtlicher Besetzung <p><u>Beschluss des Arbeitskreis Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Da die Organisationshoheit beim Landrat liegt, kann diese Forderung nicht in das Integrationskonzept mit aufgenommen werden</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Geschlechtergerechte Sprache <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>In großen Teilen des Integrationskonzeptes war dieser Anspruch schon verwirklicht. In Zukunft wird noch genauer darauf geachtet, dass durchgehend eine geschlechtergerechte Sprach benutzt wird.</i> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einen konkreten Plan von Absprachen zu erarbeiten, der jährlich abgearbeitet wird <p><i>Ein Berichtswesen soll entwickelt werden und ist strukturell durch die Spalten "Kennzahlen" und "Ressourcen" im Konzept angelegt.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausstattung mit einem eigenen Etat ist einzurichten <p><i>Ein eigener Etat der Migrationsbeauftragten ist vorhanden und wird zur Weiterentwicklung der Migrationsarbeit im Kreis Düren genutzt.</i></p>
1.1.1	<p>Leitlinien für das Integrationskonzept</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Beispiel "Zwangsheirat" sei stigmatisierend und sollte heraus genommen werden. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Alle Beispiele werden aus den Leitlinien gestrichen.</i></p>

Nr.	Thema/Gliederungspunkt
2.2.3	<p>Interkulturelle Öffnung von Schule</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausbildung und Weiterbildung von Lehrer/innen in Deutsch als Zweitsprache <p><u>Der Arbeitskreis Migration stellt fest:</u></p> <p><i>Die Aus- und Weiterbildung von Lehrer/innen in Deutsch als Zweitsprache oder Deutsch als Arbeitssprache wird von der RAA bereits angeboten. Es bleibt in das Ermessen von Lehrer/innen und Schulleitungen gestellt, ob sie dieses Angebot annehmen. Die RAA wird verstärkt dafür werben.</i></p> <p><u>Der Arbeitskreis Migration stellt fest:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Patenschaften bereits im schulischen Bereich zur Unterstützung von Integration (nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund) werden für sinnvoll erachtet. <p><i>Patenschaften bereits in der Schullaufbahn für Kinder, die Unterstützung brauchen, sind sinnvoll. So ein Projekt ist aber sehr aufwendig und kann nur mit zusätzlichen Mitteln erfolgreich umgesetzt werden. Die RAA kann sich in 2007 aus Kapazitätsgründen nicht mit dem Thema befassen. Es soll in die Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die Folgejahre mit einfließen.</i></p>
2.2.6	<p>Islamischer Religionsunterricht</p> <p><u>Änderungsvorschläge von Herrn Dr. Siedler, Evang. Gemeinde:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bezug zur Landesverfassung Art. 7 "Ehrfurcht vor Gott, Achtung der Würde des Menschen..." <p><u>Beschluss des Arbeitskreis Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Diese Forderung wird nicht unterstützt, weil in bezug auf den Gottesbegriff Missverständnisse entstehen könnten.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Klärung: Was ist das Ziel? Islamische Unterweisung (Islamkunde) oder Religionsunterricht <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Im Integrationskonzept wird das Ziel festgehalten, Schulen zu finden, die bereit sind, Islamkunde-Unterricht einzuführen. Ausgebildete Lehrkräfte wären im Kreis Düren vorhanden. Es mangelt aber an Schulen, die dafür die Ressourcen zur Verfügung stellen.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Welches ist die richtige Begrifflichkeit: Islamische Unterweisung oder Islamkunde? <p><i>Islamkunde ist der vom Schulministerium NRW benutzte Terminus und sollte im Konzept verwendet werden.</i></p>
2.3	<p>Übergang Schule-Beruf</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Vision der gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt auch für jugendliche Asylbewerber – bessere Unterstützung durch die Schulen <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p>

Nr.	Thema/Gliederungspunkt
	<p><i>Die Aufnahme dieser Zielsetzung in die allgemeinen Erläuterungen zu dem Kapitel wird unterstützt. Es muss aber deutlich werden, dass dieses Ziel nicht kommunal umgesetzt werden kann.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Förderung der Mobilität bei der Arbeitsplatzsuche speziell für junge Migrantinnen insbesondere durch verstärkte Elternarbeit; <p><u>Beschluss des Arbeitskreis Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Die verstärkte Elternarbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund ist Bestandteil des Integrationskonzeptes. Die Rolle der Mädchen kann dabei auch zum Schwerpunkt gemacht werden. Aber auch dies ist in das Ermessen der jeweiligen Lehrer/innen gelegt. Die RAA hat Konzepte entwickelt und bietet Hilfestellung für Schulen an, die sich der Arbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund widmen wollen.</i></p> <p><i>In der Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die Folgejahre soll verstärkt das Thema "Stärkung der Berufschancen von Mädchen" in den Blick genommen werden.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Frühzeitige Einbeziehung der Unternehmen für die Berufswahl noch vor Schulabgang ➤ Profilingverfahren ➤ Checks zur Feststellung verdeckter Fähigkeiten <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Diese Anregungen werden vom Arbeitskreis Migration unterstützt. Die job-com wird gebeten, für den Personenkreis der Arbeitslosengeld II-Empfänger/innen entsprechende Konzepte im Rahmen der Fortschreibung des Integrationskonzeptes zu entwickeln.</i></p>
2.4	<p>Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Umformulierungsvorschlag für das erste Ziel: Migrantinnen und Migranten sollen <u>gleichberechtigte</u> Teilhabe am Arbeitsmarkt haben auch für Asylbewerber. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Diese Umformulierung wird unterstützt.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung einer Quotenregelung, die Menschen mit Migrationshintergrund bei Einstellungsverfahren begünstigt. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Der Arbeitskreis Migration hat nach intensiver Debatte beschlossen, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema "Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz" die schon jetzt Bestandteil des Integrationskonzeptes ist, die Erfahrungen der niederländischen Quotenregelung durch die Einladung eines Referenten mit einzubeziehen. Die Debatte um eine Quotenregelung z.B. durch eine freiwillige Selbstverpflichtung öffentlicher Arbeitgeber soll danach fortgesetzt werden.</i></p>

Nr.	Thema/Gliederungspunkt
2.5	<p>Integrationskurse und Migrationserstberatung</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Anregung der zusätzlichen Einrichtung von Jugendkombikursen, in denen Jugendliche bis zum 27. Lebensjahr Sprachkurse mit zusätzlicher Betreuung durch einen Sozialarbeiter erhalten ➤ Möglichkeit der Ko-Finanzierung mit beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen durch die job-com ➤ Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, soweit kein Bezug von SGB II vorliegt <p><i>Diese Anregungen sind schon im Integrationskonzept vorhanden. Sie werden im Rahmen der Integrationskurskonferenz teilweise schon umgesetzt. Landesmittel für die Weiterentwicklung des Instrumentes "Integrationskurse" stehen dem Kreis Düren zur Zeit im Rahmen eines Komm-In-Projektes "Deutsch lernen im Kreis Düren" zur Verfügung.</i></p> <p><u>Änderungsvorschlag aus der Integrationskurskonferenz vom 24.8.2006:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ flächendeckendes Angebot niedrigschwelliger Sprachkursangebote für Mütter mit Kindergarten- oder schulpflichtigen Kindern organisiert auf schulischer oder vorschulischer Ebene; ggf. in Verbindung mit Praktika zur Berufsorientierung (auch Vorschlag der Integrationskurskonferenz) <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Die Umsetzung bedarf eines längeren Vorlaufs, weil bisher nicht bekannt ist, wie groß der Bedarf ist.</i></p> <p><i>In das Integrationskonzept sollte die Forderung nach einer Bedarfserhebung und einer schrittweisen Umsetzung aufgenommen werden.</i></p> <p><i>Zusätzliche Mütterkurse an Kindergärten werden durch den SKF schon im Jahr 2007 angeboten.</i></p>
	<p>Jugendhilfe</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Individuelle Hilfestellung der Kinder und Eltern ➤ Mädchen mit Migrationshintergrund in der Jugendhilfe ➤ Situation von Mädchen in allen Punkten berücksichtigen <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Die Anregungen sollten aufgenommen werden. Die überarbeitete Fassung des Kapitels wurde dem Arbeitskreis Migration als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.</i></p>
2.7	<p>Gesundheit</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Es wird ein großer Bedarf festgestellt, sich überhaupt mit dem Thema Migration und Gesundheit zu beschäftigen. Im Konzept erscheint dies noch nicht hinreichend gelungen. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Über die allgemeinen in diesem Kapitel formulierten Ziele hinaus sieht der Arbeits-</i></p>

Nr.	Thema/Gliederungspunkt
	<p><i>kreis keine Handlungsmöglichkeiten. Es sei denn, es finden sich Akteure, die bereit sind, das Thema vertiefend zu behandeln und Aktivitäten zu planen.</i></p> <p><i>Das überarbeitete Kapitel wurde dem Arbeitskreis Migration als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.</i></p> <p><i>Es sollte für die Fortschreibung des Integrationskonzeptes noch einmal aufgegriffen werden.</i></p>
2.9	<p>Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Berufliche Integration der Migrantinnen <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Das Thema ist im Arbeitsmarktkapitel aufgegriffen worden. Es sollte in diesem Kapitel darauf verwiesen werden.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung von Deutschkursen für Mütter und Kinder (Grundschüler/innen) gemeinsam, um den Start in der Schule zu verbessern (Beispiel Stadt Köln) <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Das Thema ist schon Bestandteil des Kapitels und braucht nicht nochmals aufgeführt werden. (siehe auch Beschluss zu Kapitel 2.5)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Berufsberatung für zugewanderte Mädchen <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Im Kapitel 2.3 Übergang Schule Beruf wurde das Thema behandelt.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Qualifizierung von Migrantinnen – Wiedereinstieg <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Im Kapitel 2.4 Arbeitsmarkt wurde das Thema behandelt.</i></p>
2.10	<p>Ältere Migrantinnen und Migranten</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Kulturspezifische Beachtung des Themas/der Hilfen "Sterben – Tod – Trauer" <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Das Thema wurde im Kapitel 6. "Aspekte interreligiöser Integration" aufgegriffen.</i></p>
3.1	<p>Interkulturelle Öffnung von Verwaltung und sozialen Diensten</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Seit Zukunftskonferenz des Kreises Düren werden Weiterbildungskurse angeboten (Konfliktbewältigung); Weiterbildung zur interkulturellen Öffnung ist notwendig ➤ Anregung: Abbau von Zugangsbarrieren; Mitarbeiter mit Migrationshintergrund gezielt anwerben

Nr.	Thema/Gliederungspunkt
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Forderung: angemessene Quote von neuen MitarbeiterInnen mit Migrationshindergrund bei Neueinstellung (besonders in Ämtern mit Publikumsverkehr, die häufig Kontakt zu MigrantInnen haben (z.B. Schulamt , Job-Com, RAA ...) ➤ Die Verwaltung sollte häufiger ihre Informationen in verschiedenen Sprachen veröffentlichen ➤ Kulturmittler für Verwaltung <p><u>Beschluss des Arbeitskreise Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Alle Anregungen, außer der nach einer Quote, sind im Integrationskonzept schon berücksichtigt. Zum Thema Quote siehe Beschlusslage zu Kapitel 2.4 "Arbeitsmarkt".</i></p>
3.2	<p>Dolmetscherdienst</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ In Düren bietet der türkische Elternverein Unterstützung in Einbürgerungsverfahren an. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Die Anregung soll aufgegriffen und der Elternverein als eine wichtige Ressource benannt werden.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Dolmetscherdienst wird als zusätzlicher Dienst zur Sprachintegration verstanden (Sicherstellung des Zugangs zu den nötigen Diensten) ➤ Frage: Welche Priorität hat ein Dolmetscherdienst innerhalb des Integrationskonzeptes? ➤ Ein Dolmetscherdienst im Kreis Düren könnte bei der Kreisverwaltung durch die Einzeletats (für besondere Auslagen wie Beurkundung etc.) gegenfinanziert werden. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Es besteht keine Notwendigkeit der Ergänzung des Integrationskonzeptes.</i></p>
3.3	<p>Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im Kreis Düren</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Voraussetzung zur Erfüllung der angestrebten Ziele ist die Schaffung einer Ansprechpartnerin auf Kreisebene für solche Diskriminierungsfälle <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Erst einmal sollte die vorhandene Zielsetzung im Integrationskonzept beibehalten werden und erst in den nächsten Jahren können aus den Erfahrungen mit der neuen Gesetzeslage weitere Schlüsse, ggf auch personelle Konsequenzen gezogen werden.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Zur Klarstellung wird erörtert, dass die Sammlung, Dokumentation und Veröffentlichung von Diskriminierungsfällen aus Datenschutzgründen nur anonym erfolgen kann. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p>

Nr.	Thema/Gliederungspunkt
	<i>Eine entsprechende Formulierung sollte eingearbeitet werden.</i>
3.4.3	<p>Wirtschaftsförderung</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <p>Konkrete Umsetzungspläne für den Kreis Düren</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bestehende Unternehmen zur Öffnung von Menschen mit Migrationshintergrund zu sensibilisieren ➤ Die besonderen Fähigkeiten und Ressourcen von Menschen mit Migrationshintergrund herausstellen <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Im Kapitel 2.4 Arbeitsmarkt wurden diese Themen bereits berücksichtigt.</i></p>
5.1	<p>Politische und gesellschaftliche Teilhabe stärken</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ In Düren gehen alle wichtigen Ratsvorlagen durch den Integrationsausschuss; alle Ausschüsse haben einen Vertreter aus dem Integrationsausschuss, so ein Gremium sollte es auch auf Kreisebene geben. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Die konkrete Aufgabenstellung eines Integrationsausschusses auf Kreisebene kann erst festgelegt werden, wenn politisch beschlossen wird, einen eigenen Ausschuss in der nächsten Legislaturperiode zu schaffen. Die Schaffung eines neuen Ausschusses mitten in der Legislaturperiode hätte zur Folge, dass alle Ausschüsse neu gewählt werden müssten.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Förderung von Migrantenselbstorganisationen auch auf Kreisebene nötig. ➤ Handlungsfelder: Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten durch die Verwaltung (z.B. in Kita, Schule ...) ➤ Parteien sollten sich für Migranten öffnen ➤ Im Kreis Düren Integrationsausschuss als Kontrollinstrument zur Umsetzung des I.-Konzeptes; der Ausschuss wird als „Querschnittsaufgabe“ aller Ausschussinhalte des Kreistages gesehen; dagegen: solche Ausschüsse sollten eher in den Kommunen als auf Kreisebene gebildet werden. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Der Titel des Kapitels sollte konkreter "<u>Kommunalpolitische Teilhabe</u>" heißen. Inhaltlich besteht kein Änderungsbedarf, da alle Forderungen im Integrationskonzept berücksichtigt sind.</i></p> <p><i>Die Frage, wie die Partizipation auf Kreisebene sinnvoll weiterentwickelt werden kann, sollte Gegenstand weiterer Diskussionen im Arbeitskreis Migration werden.</i></p>

Nr.	Thema/Gliederungspunkt
6.	<p>Aspekte interreligiöser Integration</p> <p><u>Änderungsvorschläge aus der Fachtagung "Integration leben" vom 30.8.06:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Handlungsfeld 7 (Einbeziehen der Migranten in die deutsche Gedenkkultur) sollte innerhalb des Punktes 4 (Politische und gesellschaftliche Teilhabe stärken) behandelt werden. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Sollte umgesetzt werden.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Trennung innerhalb einiger Grundschulen im Kreis nach Religion (protestantische, muslimische Klassen ...) sollte aufgehoben werden ➤ <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Diese Forderung sollte ins Schulkapitel aufgenommen und die Schulräte gebeten werden, in den Schulen darauf hin zu wirken.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Fragen wie Schächten, Kopftuch, Religionsunterricht sind nicht angemessen berücksichtigt. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Das Thema "Schächten" kann in diesem Jahr nicht mehr berücksichtigt werden, weil dafür erheblicher Abstimmungsbedarf besteht. Sofern eine Einigung zu erzielen ist, sollte sie in der Fortschreibung des Konzeptes berücksichtigt werden.</i></p> <p><i>Die Kopftuchfrage ist nicht konsensfähig und sollte nicht zum Gegenstand einer Mehrheitsentscheidung politischer Gremien im Kreis werden. Deshalb ist es nicht möglich, dazu eine Position ins Integrationskonzept mit aufzunehmen.</i></p> <p><u>Änderungsvorschläge des Islam-Forums vom 24.8.2006:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Es sollte von den Muslimen nicht als drittgrößter Religionsgemeinschaft, sondern als "größter Religionsgemeinschaft nach den Christen" gesprochen werden. (Zeile 78) <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Dieser Änderungsvorschlag wird umgesetzt.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Umgang mit dem Tod – es sollte geklärt werden, wie zur Zeit die Verfahrensweisen in den Krankenhäusern sind. ➤ Das Angebot für Waschungen in der Fathi-Moschee, Veldener Str., sei derzeit ausreichend. ➤ Die Forderung nach einem muslimischen Friedhof kann gestrichen werden, da er in Düren inzwischen vorhanden ist und in Aldenhoven ein muslimisches Gräberfeld für den Nordkreis besteht. <p><u>Beschluss des Arbeitskreises Migration vom 7.11.2006:</u></p> <p><i>Die Anregungen werden umgesetzt.</i></p>

Schlusswort

Über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten sich zu der Fachtagung eingefunden. Die Organisation lief aufgrund des unerwartet großen Zuspruchs nicht immer reibungslos. Dafür möchte ich mich auf diesem Wege bei allen, die teilgenommen haben, entschuldigen und um Verständnis bitten.

Die Fachtagung hat gezeigt, dass das Thema Integration im Kreis Düren ernst genommen wird, es ein großes Interesse daran gibt, die vorhandene Arbeit besser miteinander zu vernetzen und die gemeinsamen Anstrengungen zu verstärken.

In den Arbeitsgruppen wurde trotz der knappen Zeit eine Vielzahl von Ideen und Vorschlägen formuliert.

Der Arbeitskreis Migration hat alle Vorschläge erörtert. Es war leider nicht möglich, alle Ideen sofort umzusetzen, manches haben wir uns für die kommenden Jahre vorgenommen, manches lässt sich auf kommunaler Ebene leider nicht beeinflussen. Nur an wenigen Stellen gingen die Meinungen zwischen den Teilnehmer/innen der Fachtagung und dem Arbeitskreis Migration auseinander.

Wenn es möglich war, haben wir die Vorschläge aus der Fachtagung eingearbeitet, sie sind jetzt Bestandteil des neuen Entwurfes vom 30. November 2006. Im Dezember 2006 wurde er an alle Kommunen im Kreis Düren verschickt. Sie haben bis zum 15. Februar 2007 die Möglichkeit, ihrerseits Änderungswünsche oder Ergänzungen einzubringen. Dann geht der Entwurf in die politische Beratung. Am Ende dieses Prozesses soll ein Beschluss des Kreistages stehen. Erst dann kann die endgültige Fassung des Integrationskonzeptes vorgestellt werden.

Der neue Entwurf des Integrationskonzeptes kann auf der Homepage des Kreises Düren - www.kreis-dueren.de - abgerufen werden.

Ich bedanke mich hiermit noch einmal bei allen, die so engagiert und voller Kreativität zum Gelingen der Fachtagung beigetragen haben. Vor allem dadurch, dass Sie am Entwurf des Integrationskonzeptes mitgearbeitet und sich in die fachlichen Diskussionen eingebracht haben. Viele Kolleginnen und Kollegen in der Kreisverwaltung und in den kooperierenden Institutionen haben diese Arbeit über ihre täglichen Anforderungen hinaus geleistet. Viele Menschen in Vereinen und Verbänden haben sich ehrenamtlich eingebracht.

Sobald der Entwurf verabschiedet ist, geht die Arbeit erst richtig los, denn dann kommt es darauf an, dass alle gemeinsam und jeder an seinem Platz an der erfolgreichen Umsetzung des Integrationskonzeptes für den Kreis Düren mitarbeiten.

Ich hoffe, dass wir Sie eines Tages auf einer weiteren Fachtagung begrüßen dürfen, in der wir über die Auswirkungen des Integrationskonzeptes auf das Zusammenleben von Mehrheitsgesellschaft und Migrant/innen im Kreis Düren diskutieren werden. Vielleicht wird es dann sogar eine Erfolgsbilanz.

Sybille Haußmann
Integrationsbeauftragte für Migrantinnen und Migranten
Kreisverwaltung Düren

